MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943
140 (1929)

86 (20.2.1929) Abendblatt

Mittwoch, 20. Februar 1929 | Abend-Ausgabe | Nr. 86 — 140. Jahrgang

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatlich R.-M. 3.— ohne Bestellgeld. Bei eval. Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto 17590 Karlsruhe. Haupt-Geschäftsstelle E 6, 2. Haupt-Nebenstelle R 1, 4/11 (Warenhaus). Geschäfts-Nebenstellen: Waldhofstr. 6, Schwetzingerstr. 140/31 u. Meerfeldstraße 11. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wochentl. 12 mal. Fernsprecher: 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je einsp. Kolonelzeile für Allgem. Anzeigen 0,40 R.-M. Reklamen 3—4 R.-M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorschriften für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene od. beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Gerichtsstand ist Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Trotzkis Einreise-Gesuch liegt jetzt vor

Wie wird sich das Reichskabinett dazu stellen?

⊡ **Berlin, 20. Febr.** (Von unserem Berliner Büro.) **An amtlicher Stelle wird heute bestätigt, daß das Einreisegesuch Trotzkis jetzt vorliegt. Das Gesuch wird den Gang gehen, den wir hier schon geschildert haben. Es ist damit zu rechnen, daß das Gesuch abgelehnt wird.**

Es stellt sich immer mehr heraus, daß Herr Löbe mit seiner an Herrn Trotzki gerichteten einladenden Geste der Reichsregierung einen Bärendienst erwiesen hat. Herr Löbe, von dem nicht weniger als vier Parteifreunde im Reichskabinett sitzen, mußte wissen, wie peinlich diesen der durch Trotzkis Ausweisung aufgerührte Fragenkomplex war. Trotzdem hat er es nicht unterlassen können, von einer Stelle, auf die sie unbedingt nicht gehört, seine private Außenpolitik zu machen. Auch das ist ein Beweis, wie notwendig es ist, die Sozialdemokratie in einer wirklichen Koalition möglichst straff zu binden. Alles was jetzt von Snobs und Salonkommunisten über das deutsche Asylrecht deklamiert wird, trifft nicht den Kern der Sache oder es trifft schlechthin daneben. Wir sind in der angenehmen Lage, Wort für Wort zu unterschreiben, was die „Germania" gestern abend sagt:

Trotzkis propagandistische Fähigkeiten sind so groß, daß er selbst unter schärfster Aufsicht der Sowjetbehörden eine umfassende Tätigkeit zu entfalten vermochte ... Die deutsche Regierung, die vor keiner leichten Aufgabe steht, wird unter diesen Umständen sehr sorgfältig zu prüfen haben ... Die Regierung muß sich über das Maß der Verantwortung, das sie zu tragen vermag, bei ihrer Entscheidung klar sein und die nötigen Klarheiten verschaffen."

Wer diese Sätze genau liest, wird finden, daß sie auch das gegenwärtige Koalitionsproblem oder das der Beteiligung des Zentrums an der Koalition streifen. Die Regierung hat sich, wie auch aus der von uns wiedergegebenen halbamtlichen Auskunft ersichtlich ist, bisher bemüht, durch dilatorische Behandlung die Entscheidung von sich fernzuhalten. Es ist sicher nicht ganz ohne Herrn Löbes Schuld, wenn die bisherige dilatorische Behandlung nun nicht mehr ausreichen sollte.

Asyl und Auslieferung

Die Frage der gesetzlichen Regelung des Asylrechtes, die durch die Trotzki-Angelegenheit eine besondere Aktualität erhalten hat, wird gegenwärtig im Rechtsausschuß des Reichstags erörtert, der sich mit dem schon lange vorliegenden Auslieferungsgesetz zu befassen hat. Daß eine solche gesetzliche Regelung unbedingt notwendig ist, geht allein schon daraus hervor, daß Deutschland gerüstet sein muß, wenn es einmal in die Lage kommen sollte, mit einem Auslieferungsbegehren an andere Staaten heranzutreten. Das Auslieferungsgesetz geht von dem Gedanken der Zulässigkeit aus, die in der Regel und entsprechend dem internationalen Gebrauch politischen Verbrechern gewährt werden soll. Allerdings sieht der Gesetzentwurf eine Reihe von Einschränkungen vor, die durch die Betonung des Staatsrechtes gegenüber dem Menschenrechte bedingt sind. So soll die Auslieferung zulässig sein, wenn die Tat des Auszuliefernden besonders verwerflich erscheint.

Was allerdings als besonders verwerflich anzusehen ist, sagt der Gesetzentwurf nicht. Und bei der verschiedenartigen Struktur der einzelnen Staaten wird sicher der Begriff der Verwerflichkeit grundverschieden ausgelegt werden. Es ist daher zu begrüßen, daß mehrere Parteien eine klarere Formulierung dieses Passus verlangen.

Die Türe muß zu bleiben

Um die Person des als Leo Trotzki in der ganzen Welt bekannten Russen Leo Davidowitsch Bronstein schwebten lange Zeit die Schleier des Geheimnisses. Durch Wochen hindurch war die Frage „Wo ist Trotzki?" eine immer wiederkehrende Ueberschrift in den Spalten der Zeitungen, nicht nur Deutschlands, sondern der gesamten Welt. Dieses Interesse ist gewiß ein hinlänglicher Beweis für die Bedeutung, die man auch heute noch der Person des Mitbegründers Sowjetrußlands und des Schöpfers der Roten Armee zumißt. Das internationale Rätselraten nach dem Aufenthaltsort des angeblich schon vor langen Wochen aus Rußland Geflüchteten dauerte geraume Zeit. Die einen behaupteten, er sei in Wien, andere, daß er in der Schweiz ein Asyl gefunden habe, andere wieder wollten ihn an der afghanischen Grenze gesehen haben. Auch an einer Meldung fehlte es nicht, daß er auf der Flucht bei einem Sturme im Schwarzen Meer ums Leben gekommen sei. So konnte es nicht ausbleiben, daß auch die politische Karikatur sich mit ihm befaßte und u. a. ein Bild brachte, das Trotzki zeigt, wie er im Badeanzug in Sibirien sitzt und es mit Entsetzen ablehnt, nach Deutschland zu kommen, weil es ihm hier viel zu kalt sei.

All diese lange Ungewißheit ist nun seit gestern beendet. Wir wissen nun, daß sich Trotzki mitsamt seiner Familie in Pera befindet und von dort aus an den deutschen Reichstagspräsidenten Löbe telegraphisch appelliert hat, damit dieser dafür eintrete, daß Trotzkis Gesuch um Einreiseerlaubnis nach Deutschland von der Reichsregierung genehmigt werde. Ueber die Dreistigkeit, mit der sich der ehemalige rote General eine gelegentliche, in der Polemik mit Kommunisten getane Aeußerung des Reichstagspräsidenten zu Nutze zu machen sucht, war man vielfach so überrascht, daß man an der Authentizität der Meldung zweifelte. Inzwischen sind 24 Stunden ins Land gegangen und wir wissen nun, daß Trotzkis Gesuch eine Tatsache ist, um die man nicht herumkommt. Die Reichsregierung mußte mit der Möglichkeit eines solchen Gesuches schon von der Zeit an rechnen, wo aus Sibirien die ersten Meldungen kamen, daß Trotzki aus unabweisbaren Gesundheitsrücksichten nicht länger dort bleiben könne und sich, da man ihn im Innern Rußlands nicht mehr haben wolle, nach einem Asyl im Ausland umsehe. Die zuständigen Stellen in Berlin werden nun gezwungen sein, zu Trotzkis Einreisegesuch klipp und klar mit einem Ja oder Nein Stellung zu nehmen.

Das ist zweifellos eine einigermaßen heikle Aufgabe. Spricht sie sich dagegen aus, so bedeutet das zunächst einmal eine gewisse Bloßstellung des Reichstagspräsidenten, der durch seine unbedachte Aeußerung Trotzki zu seinem Gesuch ermutigte und auch jetzt noch keine Bedenken hat, für den Antrag aus Pera sich bei der Reichsregierung einzusetzen. Eine solche Desavouierung des Herrn Löbe muß der Reichsregierung umso fataler sein, als Herr Löbe ja in seiner Person die Macht des Parlaments repräsentiert, aus dem heraus das Reichskabinett geboren ist und ohne dessen Willen es sich keinen Tag im Amte halten kann. Außerdem würden im Falle der Ablehnung alle deutschen Kommunisten im trauten Verein mit den Sozialdemokraten einen Mordslärm gegen die „Unduldsamkeit" des Reichskabinetts inszenieren, das einem „todkranken" Manne das nachgesuchte Asyl verweigert. Die Machtposition der Reichsregierung würde durch solchen Ansturm zweifellos noch mehr geschwächt werden, als sie es in diesen für unsere Zukunft so außerordentlich bedeutsamen Monaten leider ohnedies schon ist. Gleichzeitig würde das parteipolitische Tohuwabohu, unter dem wir schon lange zu leiden haben, noch weiter vergrößert und die fruchtbare Arbeit gelähmt.

Entschließt sich die Reichsregierung aber, die nachgesuchte Einreiseerlaubnis zu erteilen, so setzt sie sich zunächst dem Vorwurf und dem Protest aller Parteien aus, die aus Gründen, deren Berechtigung auf der Hand liegt, strikte gegen eine Aufnahme Trotzkis in Deutschland sind. Zu diesen Parteien gehören die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und sicherlich ein gutes Teil der Demokraten. In diesen Kreisen, deren Meinung die Reichsregierung ebenso wenig übersehen darf, wie die der Linksparteien, ist man der Ueberzeugung, daß wir es um die Person eines Mannes wie Trotzki willen nicht mit der russischen Regierung verderben dürfen, zumal nicht in diesen entscheidenden Wochen, wo in Paris die Reparationskonferenz tagt und wir uns sorgsamer als je zuvor vor jeder einseitigen

Die Reparationskonferenz im Spiegel der Presse

Wie die letzten Meldungen aus Paris bestätigen, drehten sich auch die Dienstags-Verhandlungen der Sachverständigen um die rein programmatische Frage, wie die Beratungen weiter gestaltet werden sollen. Als Unterlage diente der Bericht, den am Montag nachmittag Dr. Schacht und der englische Delegierte Stamp ausgearbeitet haben.

Die französische Presse gibt ihrer Enttäuschung darüber, daß die Konferenz der Diskussion über Höhe und Zahl der von Deutschland zu leistenden Annuitäten ausgewichen ist, offen Ausdruck. „Excelsior" erklärt, daß man der Frage der deutschen Zahlungsbilanz eine übermäßige Bedeutung zuschreibe. Man könne ja doch Deutschland höchstens Ratschläge geben, im übrigen aber müsse Deutschland selbst dafür sorgen, daß es zahlungsfähig werde, indem es seine Ausgaben einschränke, ebenso seine überflüssige Einfuhr, dagegen seine Ausfuhr steigere. (!) Allen französischen Blättern gemeinsam ist die Forderung, die deutschen Sachverständigen möchten endlich einmal mit einem Angebot über die Höhe und Zahl der deutschen Jahresleistungen hervortreten.

Ueber die Gründe, weshalb dies von den deutschen Sachverständigen bisher unterlassen wurde, berichtet der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblattes" folgendes: „Dr. Schacht hat sich offenbar auf den durchaus berechtigten Standpunkt gestellt, daß die Voruntersuchungen über die verschiedenen Seiten der Reparationsfrage erst wesentlich weiter geschritten sein müssen, ehe sich konkrete Vorschläge von deutscher Seite machen lassen. Selbst wenn diese Taktik den Eindruck erwecken sollte, als sei die deutsche Delegation ohne festen Plan nach Paris gekommen, muß sie doch gut geheißen werden. Denn, falls sich die Deutschen bereit erklärt hätten, schon in diesem frühen Stadium der Konferenz Vorschläge zu einer Endlösung zu machen, wäre der Wert der jetzt erst in Gang kommenden Untersuchungen über die deutsche Zahlungs- und Ueberweisungsfähigkeit in aller Augen herabgesetzt worden und das Niveau der Besprechungen auf eine mehr oder minder unwesentliche wirtschaftliche Beratung herabgedrückt worden."

Sehr pessimistisch urteilt der Pariser Vertreter der „Deutschen Tageszeitung", der der Ansicht ist, daß die Vorbereitung des Arbeitsplanes für die Konferenz, mit der man Dr. Schacht und Sir Stamp beauftragt habe, ebenso wie die Unterkommissionen, die aus den Beratungen hervorgehen würden, nur eine Kulisse seien, hinter der die Schwierigkeiten, weiter vorwärts zu kommen, verborgen werden sollten. Der erwähnte Korrespondent wendet sich gegen die Auffassung, daß es in der Konferenz keine Parteien gebe, und daß man nur rein fachmännisch um eine allen Beteiligten genehme Endlösung sich bemühe. In Wirklichkeit sei es gerade das Aufeinanderplatzen der gegenseitigen Standpunkte, das man durch sogenannte Beratungen über die Arbeitsmethode, durch Unterkommissionen und kleinere Besprechungen abdämpfen wolle. Das System der Unterkommissionen sei nichts wie eine Falle für die öffentliche Meinung, während man in geheimen Privatbesprechungen versuche, die Deutschen mit den üblichen Mitteln Schritt für Schritt kleine zu kriegen, wenn sie nicht wenigstens nach französischer Ansicht diskutable Vorschläge machten.

Aus den Ausschüssen des Reichstags

⊡ **Berlin, 20. Febr.** (Von unserem Berliner Büro.) Der Haushaltausschuß des Reichstages behandelte den Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes. Ministerialdirektor Dr. Schneider erwiderte auf eine kommunistische Anfrage, daß die Abrechnungen für die Konferenz von Locarno dem Rechnungshof schon vor 1½ Jahren zugeleitet worden seien, der naturgemäß eine Reihe von Rückfragen gestellt habe. Mit 15 gegen 10 Stimmen wird folgender Antrag des Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) angenommen:

„Die Reichsregierung wird ersucht, 1. eine Nachweisung darüber zu geben, wieviele Stellen der auswärtigen Mission zur Zeit durch Beamte eingenommen werden, die im Inland tätig sind, 2. eine Nachweisung über die gesamten Generalkonsuls und Konsuls zu geben, die zur Disposition gestellt sind, 3. eine Nachweisung über die Planstellen zu geben, die im Ministerium zur Zeit unbesetzt sind."

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) weist auf die Bedeutung der Kulturabteilung hin, an der nicht gespart werden dürfe. Die Abteilung müsse einen besonderen Direktor haben.

Der Reichstagsausschuß für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms trat zur Beratung des Berichts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft über die bisherige Durchführung des Notprogramms und über die weiter beabsichtigten Maßnahmen zusammen. Nach eingehender Geschäftsordnungsaussprache wurden alle vorliegenden Anträge dem Unterausschuß überwiesen, der morgen zusammentritt.

Im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch die Beratung des kommunistischen Gesetzentwurfes über den Schutz von Mutter und Kind fortgesetzt. Die Abgeordneten Dr. Bayerdörfer und Bickes (D.V.P.) beantragten Uebergang zur Tagesordnung, da in dem Gesetzentwurf eine Reihe von Rechtsfragen, Wohnungsfragen und besonders Finanzfragen von großer Tragweite behandelt seien, die den bevölkerungspolitischen Ausschuß nichts angingen.

Mit 14 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde dieser Antrag angenommen. Annahme fand weiter eine sozialdemokratische Entschließung mit einem Zusatzantrag der bürgerlichen Parteien, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, sich über die verwaltungstechnische und finanzielle Durchführbarkeit der in dem kommunistischen Antrag enthaltenen Forderungen zu äußern, und geeignete Gesetzentwürfe vorzulegen. Ein Vertreter der Reichsregierung stellte in Aussicht, nach Ostern dem Reichstag eine Denkschrift vorzulegen, die alle diese Fragen, insbesondere auch die Frage der Kinderreichen, behandelt.

* **Urkunden-Austausch.** Im Berliner Auswärtigen Amt fand der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem am 20. März 1928 in London unterzeichneten deutsch-englischen Abkommen über den Rechtsverkehr statt, das am 15. März d. J. in Kraft tritt.

MARCHIVUM

Orientierung unserer Außenpolitik hüten müssen. Moskau hat, wie jetzt von dort aus ausdrücklich festgestellt wird, Trotzki wegen antisowjetistischer Umtriebe ausgewiesen und da man nach der ganzen Vergangenheit dieses Mannes keinesfalls damit rechnen darf, daß er seine Verschwörertätigkeit mit seiner Uebersiedlung nach Berlin einstellt, kann man es den Moskauer Machthabern schließlich nachfühlen, wenn sie das Land, das diesen aus Rußland Verbannten aufnimmt, mit doppeltem Argwohn betrachten. Deutschnationale Blätter, so die „Berliner Börsenzeitung", meinen zwar, es würde nicht eines besonderen Reizes entbehren, zu beobachten, wie Trotzki in Berlin den Kampf gegen die kommunistische Partei geführt hätte, und „wie unbegabt und ideenarm sich die Geistesriesen des deutschen Kommunismus mit dem großen Thälmann an der Spitze gegen die Angriffe des ersten Mitarbeiters Lenins gewehrt hätten, zumal man mit ziemlicher Sicherheit annehmen könne, daß Trotzki in nicht allzu langer Zeit die K.P.D. kurz und klein zerschlagen hätte." Doch auch diese Seite ist sich darüber klar, daß sich Deutschland dieses gewiß reizvolle politische Experiment aus innen- wie außenpolitischen Gründen nicht leisten kann.

Wir können und wollen die Reichshauptstadt, wo sich die Kommunisten schon ohnehin fortwährend in unerfreulichster Weise aufführen, nicht zum Tummelplatz kommunistischer Bruderkämpfe machen. Dies wäre umso verhängnisvoller, als gerade in diesen Tagen die Meldung durch die Presse geht, daß nach der Festnahme des ungarischen Kommunistenführers Bela Khun durch die Wiener Polizei der Sitz der bolschewistischen Propaganda nach Berlin verlegt worden sei. Im engen Zusammenhang damit steht eine Meldung aus Moskau, daß der Vollzugsausschuß der kommunistischen Internationale beschlossen habe, neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Trotzki-Opposition in Deutschland zu ergreifen.

In Berücksichtigung aller dieser Umstände kann man der Reichsregierung nur empfehlen, die weitere friedliche Entwicklung Deutschlands nicht noch mit der Person eines so verhängnisvoll umstrittenen Führers wie Trotzki zu belasten. Deutschland ist klein und die Welt ist so groß. Es kann deshalb Herrn Trotzki, der in seinem langen Verschwörerleben schon in der ganzen Welt herumgewirbelt wurde, der auch schon in Amerika war, nicht schwer fallen, an irgend einem anderen Orte dieser weiten Welt ein Plätzchen zu finden, wo man ihn aufnehmen will und das auch seiner Gesundheit zuträglich ist.

H. A. M.

Um die Koalition

⊙ **Berlin, 20. Febr.** (Von unserem Berliner Büro.) Die Koalitionsverhandlungen sind im Laufe des heutigen Vormittags nicht gefördert worden. Weder im Reichstag noch im Landtag haben bis zur Mittagsstunde Besprechungen stattgefunden. Man nimmt an, daß die angekündigte Konferenz zwischen dem volksparteilichen Fraktionsführer in Preußen, Stendel, und dem Zentrumsfraktionsvorsitzenden Heß am Nachmittag vor sich gehen wird. In den Wandelgängen erzählt man sich, daß sich der Reichskanzler zuversichtlich über die Aussichten der Koalitionsbildung geäußert habe.

Schwere Kämpfe in Afghanistan

Moskau, 20. Febr. (United Preß.) Nach Meldungen aus Kabul finden in der Gegend von Jallalabad furchtbare Kämpfe unter den feindlichen Stämmen statt. Die unglückliche Bevölkerung der Stadt, die zum großen Teil obdachlos sei, werde furchtbar terrorisiert. Entlaufene Soldaten hätten Räuberbanden gebildet, die plündernd durch das Land ziehen. Nach Meldungen von der afghanischen Grenze hat Azim Ulah Kahn, der Gouverneur der Provinz Katagana Badakschan, bekannt gegeben, daß er sich auf die Seite von Bacha-i-Saquao gestellt habe. Gleichzeitig hat er an die Gouverneure der Nachbarprovinzen Briefe gerichtet, in denen er sie auffordert, seinem Beispiel zu folgen. Er erklärt, daß dies der einzige Weg sei, der das Land wieder zum Frieden und zur Einigkeit führen könne. Bei Bacha-i-Saquao seien die religiösen wie die bürgerlichen Interessen des afghanischen Volkes in besten Händen.

Neue Verschärfung der Kälte zu erwarten?

Ueber die Wetterlage in Deutschland und den Nachbarländern wird berichtet: Das Ansteigen des Luftdrucks über ganz Nord- und Mitteleuropa hat in Deutschland fortschreitende Aufheiterung und neue Verschärfung der Kälte hervorgerufen. Die tiefsten Temperaturen wurden heute früh in der Umgebung von Stettin mit 22 und bei Hannover mit 20 Grad unter Null beobachtet, in Stettin nachts sogar 25 Grad Kälte. Berlin hatte heute früh 15 Grad, außerhalb der Stadt 17½ Grad Kälte.

Eine kleine Milderung des Frostes, die aber nur vorübergehender Natur zu sein scheint, ist aus Ostpreußen zu melden. Dort hat der Wind mehr auf Nord gedreht und der Seewind hat eine niedrigere Wolkendecke erzeugt, die mit einer leichten Milderung verbunden war. Königsberg hatte gestern abend 20, heute früh 11 Grad Kälte. Dies wird aber nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Im ganzen ist die Wetterlage außerordentlich beständig, es ist auch für morgen mit heiterem Wetter, östlichen Winden und weiterer Verschärfung der Kälte zu rechnen.

Auf dem ganzen übrigen europäischen Festlande ist keine besondere Veränderung eingetreten. In Südfrankreich beträgt die Durchschnittstemperatur minus 6 Grad, im mittleren Frankreich bis zu 18 Grad. Auch England hat größtenteils Temperaturen unter Null. In Nordeuropa ist die Wetterlage unverändert mit Minustemperaturen bis zu 31 Grad, ebenso in Rußland mit Temperaturen bis zu 35 Grad unter Null.

Ueberschwemmungen und neue Kälte in Griechenland

— **Athen, 20. Febr.** Infolge von Ueberschwemmungen sind die Verbindungen mit vier Ortschaften an der Mariza völlig unterbrochen. Die griechischen und die türkischen Grenzbehörden haben gemeinsam einen Hilfsdienst für die Betroffenen eingerichtet. Durch die Ueberschwemmungen sind auch die Militärposten abgeschnitten. Flugzeuge haben sich an die Unglücksstätten begeben. Das ganze Land wird von einer neuen Kältewelle heimgesucht.

Riesenüberschwemmung in Brasilien

— **Sao Paolo, 19. Febr.** Der Fluß Tiete, ein Nebenfluß des Parana, ist im Herzen des Kaffee-Distrikts über die Ufer getreten und hat das Land meilenweit überschwemmt. 5000 Häuser stehen unter Wasser und 25 000 Personen sind obdachlos.

Poincaré demissioniert nicht

Nach der gestrigen Kammerabstimmung über die Justizreform, bei der die Regierung eine Mehrheit von nur sechs Stimmen erhielt, trotzdem Justizminister Barthou die Vertrauensfrage gestellt hatte, liefen in den Wandelgängen der Kammer Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Poincarés um.

In der Tat bedeutet das Abstimmungsergebnis eine schwere moralische Niederlage für die Regierung, die mit neun bis zehn Stimmen in die Minderheit geraten wäre, wenn nicht 15 Minister und Unterstaatssekretäre ihr Votum zugunsten des Kabinetts in die Wagschale geworfen hätten. Der Ministerpräsident ließ jedoch noch gestern abend durch Tardieu erklären, daß das Abstimmungsergebnis für die Existenz der Regierung bedeutungslos sei. Justizminister Barthou, der der eigentliche Urheber der Niederlage ist, da er die Vertrauensfrage ohne die Zustimmung Poincarés gestellt haben soll, versicherte gleichfalls, daß er nicht an einen Rücktritt denke. Dadurch werden die durch Poincarés diplomatische Grippeerkrankung genährten Gerüchte gegenstandslos, die wissen wollten, daß ihm die Demission seines Justizministers als Ausgangspunkt zur Neubildung der Nationalen Union nicht unerwünscht gewesen wäre.

Die Morgenblätter, selbst die der Rechten, äußern jedoch die schwersten Befürchtungen über das Schicksal des Kabinetts Poincaré in der weiteren Debatte über die Gerichtsreform und bei den noch unmittelbar bevorstehenden Kammerberatungen über andere wichtige Probleme.

Polens Finanzminister soll vor den Staatsgerichtshof

— **Warschau, 20. Febr.** Im Sejm erregte ein von den Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachter Antrag großes Aufsehen, der verlangt, den Finanzminister wegen erheblicher Ueberschreitungen des Staatshaushaltes vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Der Ministerpräsident erklärte, daß sich die Gesamtregierung hinter den Finanzminister stelle. Die Abstimmung über den Antrag, der einer Dreifünftelmehrheit bedarf, erfolgt in der kommenden Woche.

Amerikas Kampf gegen den Alkohol

⊙ **Washington, 20. Febr.** (United Preß.) Der Senat hat mit 65 gegen 18 Stimmen die sogenannte Jonesbill angenommen, die eine beträchtlich schärfere Bestrafung aller Vergehen gegen das Prohibitionsgesetz vorsieht. Nach der Bill soll ungesetzliche Herstellung ebenso wie der Verkauf von Alkohol mit 10 000 Dollar Geldstrafe oder fünf Jahren Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit beiden Strafen geahndet werden.

Die Panik auf der Newyorker Untergrundbahn

Bei dem Unglück im Hudson-Tunnel der Untergrundbahn sind nach den neuesten Mitteilungen zehn Personen schwer verletzt worden. Die Panik unter den etwa 1000 Passagieren des brennenden Zuges hat, wie den Augenzeugen-Berichten zu entnehmen ist, geradezu phantastische Formen angenommen. Viele, die auf eigene Faust zu flüchten versuchten, liefen nach der falschen Richtung und irrten dann in dem Tunnel umher, bis es der Polizei gelang, sämtliche Versprengte zu sammeln. Auch dann boten sich ihrem Abtransport große Schwierigkeiten, da hinter dem in Brand geratenen Zug sich eine ganze Reihe von Newyork kommender weiterer Züge angesammelt hatte und wegen der Enge des Tunnels die Zurückgeleiteten ihren Weg durch die Mittelgänge der haltenden Züge nehmen mußten.

Noch unaufgeklärt ist, durch was der Zug in Brand geraten ist. Die Polizei ist geneigt, einen Kurzschluß als Ursache anzusehen, während die Passagiere behaupten, daß der Zug in eine große brennende Oellache hineingefahren sei.

Letzte Meldungen

Brandunglück in Berlin

— **Berlin, 20. Febr.** In einem Fabrikgebäude in der Alexanderstraße brach heute früh 4 Uhr Großfeuer aus, das bald einen bedrohlichen Umfang annahm. Der in einer Ziegelei entstandene Brand griff durch den Fahrstuhlschacht auf das ganze Gebäude über, das völlig ausbrannte. Da das Feuer auch auf den Seitenflügel, in dem sich Mietwohnungen befinden, übergriff, mußte das Haus geräumt werden. Menschenleben kamen nicht zu Schaden.

Selbststellung eines Zechenräubers

— **Hamburg, 20. Febr.** Bei der Hamburger Kriminalpolizei hat sich am Dienstag der Bochumer Zechenräuber Dünisch freiwillig gestellt. Dünisch erbeutete durch einen Einbruch in den Tresor der Zeche Königsborn bei Unna etwa 250 000 Mark. Bei seiner Verhaftung befand er sich noch im Besitze von 15 Mark. Vermutlich wird er den größten Teil des Geldes beiseite geschafft haben.

Die Grippe in Paris

— **Paris, 20. Febr.** Die Zahl der Grippeerkrankungen ist in Paris in stetigem Steigen begriffen. In den ersten zehn Tagen des Februar betrug die Zahl der Todesfälle als Folge der Seuche 228.

Abseits von der Ewigkeit

(Von unserem römischen Vertreter)

Rom, im Februar.

Der Himmel steigt, hoch und höher, füllt sich mit einem tiefen, klarleuchtenden Blau; Rom fällt, schrumpft zusammen und ist nichts als ein Daumenabdruck der Zeit. Der Abendhimmel aber steht hochgewölbt auf grünen Lichträndern, voll wie ein Atemzug der Ewigkeit. Da bricht der Stolz der Ewigen Stadt zusammen. Die Kuppel von Sankt Peter schwebt nicht mehr. Sie ist zu einer demütigen Bitte geworden. Die Altertümer liegen im feuchten Dunst ihrer Grabesentrissenheit; die noch stehenden Säulen schämen sich, nicht schon längst umgefallen zu sein. Und der kristallklare, leuchtendblaue Abendhimmel, der — ernst und mild zugleich — das Leben entlarvt, steigt immer höher und höher, bis die schwarzen Schatten der Dämmerung in ihn hineinbrechen....

Aber ehe dies geschieht, gewinnt die Nichtigkeit Farbe und Bedeutung. Die ockergelben und orangeroten Farben sickern schwer von den Häusern und sammeln sich in einem trüben, glanzlosen Durcheinander in mehr als hundert Brunnen; die werden daraufhin besonnen, und der Laut, den sie plätschernd, fast hilfesuchend in die Stille senden, wird ernst, nachdenklich und zum Schluß wehmütig und weltschmerzlich. Der Abendhauch der Wasser erinnert an tränendeckende Witwenschleier. — Zur selben Zeit stehen die römischen Verkehrsschutzleute gleichfalls weltschmerzlich da und bemühen sich vergeblich, den überall stockenden Verkehr in den sanften Schwung der Regelung zurückzuführen. Doch niemandem fällt es ein, die Stockung darin zu suchen, daß sich für einen Augenblick Zeit und Ewigkeit stumm gegenüber standen....

Die grellbunten Plakate an Bretterzäunen und Mauerflächen nicken, in den Ecken losgerissen und von Kinderhänden, soweit Kinderhände zu reichen vermögen, reichlich doch unverständlich beschmiert, im stoßenden Abendwind. Halb trübselig, halb andächtig. Sie machen Reklame für irgend etwas; doch erst in der Dämmerung erhalten sie ein eigenes Dasein. Das söhnt mit ihnen aus und läßt alle Flüche vergessen, die ein armes gepeinigtes Menschengemüt erfinden kann, das — wenn auch nur einen Augenblick — an das geschminkte Gesicht des Massenartikels wie an eine hohe Realität geglaubt hat. Doch jetzt klammert sich an das Plakat die letzte Hoffnung, schön, um nicht vollständig in den Bann des zeitlosen, ewigweitblauen Himmels zu geraten.

An Plakaten vorbei geht der Weg in das unakzentuierte, kleine, ewigkeitsfremde Leben, das jedoch immer so war und immer so sein wird, ohne Anspruch auf normbildende Dauer zu erheben. Vorstadtleben. — Sein kleines Menschenleben, die sich nie ändern und nie ändern werden, immer Traum und Wirklichkeit miteinander mischen und vor einer Chanteuse stehen wie vor einem unwirklichen Götterwesen. Wer steht nach Petersdom, Colosseum, Römerforum und den Katakomben Rom, die Ewige Stadt, unter diesem Aspekt des Mikroskopischen, der jedoch mehr überzeugt, gefühlmäßig wenigstens, als all das Gepriesen-Klassische einer Tempelfront oder das Heraufgeschworen-Romantische eines Trümmerhaufens?

Jenseits der Mauern, die den Lateran gürten, hin zu den bläulichen Bergen der römischen Campagna, ziehen sich die breiten Straßen der modernen Vorstadt in zweckmäßiger Länge und Geradheit. Unschön sind die Mietskasernen, fast ausnahmslos mit einem mannigfaltigen und formenreichen Ragoutaufsatz verunziert. Unelegant sind die Menschen, rüde in Gesten und Gebärden; selten sind Luxusautomobile und unbekannt Verkehrsschutzleute. Und doch gibt es hier etwas, was sonst Rom im Schatten seiner Vergangenheit und im elektrischen Lichtkegel seiner Gegenwart nicht besitzt: ein Kino unter einem Wellblechdach, aus dem die einprägsamen Laute eines Hämmerklaviers rhythmisch hart hervortönen; Kneipen, aus denen noch wirkliche, unlogisch und unsentimental betrunkene Männer heraustorkeln, gröhlend und verschwommen räsonierend; Straßen, die ganz plötzlich aufhören, gut gepflastert zu sein, und die dafür in einem Kehrichthaufen auf freiem Felde enden.

Und in diesem seltsamen Durcheinander von zeitlosem Schmutz und neuzeitlicher Hygiene blüht allabendlich in sammtnen Dämmern die Liebe auf, mitunter roh in einer zu leidenschaftlichen Geste, mitunter sanft in einem zärtlichen Sich-an-Mauern-schmiegen, begleitet von den klimpernden Tönen eines Wanderorchestrions, umweht von heißem Oeldunst, der aus niedrigen Kneipen strömt. Hier löst der stockende Atem des Abends nicht krampfhafte Freude aus, gemischt mit einer Art metaphysischer Weltenangst, sondern nur stille Heiterkeit, unbeholfen ausgedrückt durch einen Schwall befreiender Flüche.

Im Wellblechkino singt in der Zwischenpause die vollbusige Sängerin, stets als die Berühmteste von wenigstens zwei Erdteilen angekündigt, veraltete Chansons, die jedoch Stürme von Begeisterung entfachen, am meisten wohl bei den stillen Pärchen im abgeschlissenen Sammt der „Logen", die so mit ihrem Liebesglück beschäftigt waren, daß sie unmöglich auch nur einen Ton verstanden haben können. Kraftakrobaten lassen unter rosaroten Tricots ihre Muskeln schwellen und junge Mädchen erröten, wenn ihre Wünsche sich zu Gedanken formen. Dann dämpft das Dunkel der Kinovorführung das verwirrte Sprechen und läßt nur noch den heißen Atem der Menge verschweben.

Und draußen unter den Mauern des Laterans kriechen die Schatten der Nacht unter vereinzelte Laternen und schimmern silbern-neblig auf. Die Zementgerüste neuer Mietskasernen stehen steif und rätselhaft in der Nacht. Ein leises Stöhnen nahe einer verlassenen Baustelle, das klagende Heulen eines Hundes, der ferne, zirpende Klang einer Mandoline, das dumpfe Rasseln eines verspäteten Bauernkarrens — das alles geschieht abseits der Ewigkeit und ist als Leben ewiger als der barockene Prunk von San Giovanni, den ein fahler, unwirklicher Mondschimmer überspinnt ...

F. Kusen.

⊙ **Der Vortragsabend Walther Sedlmayrs in der Harmonie** hätte seines wertvollen Gehaltes wegen besser besucht sein dürfen. Denn Walther Sedlmayr ist einer dieser sympathischen Vortragskünstler, die trotz aller äußeren Ruhe von innerer Erlebniskraft durchpulst sind und dem gesprochenen Wort eine packende Wirkung zu verleihen vermögen. Ausgezeichnet gelang der Rhythmus der Antike aus Bruchstücken der Odyssee sowie das vertrauend gläubige Abendlied von Matthias Claudius. Humorvolle und gar ernste Lebensweisheiten bot der Vortragende durch ein Gaunerstücklein von Hebel und die Dialektstücke von Ferd. Raimund. Und damit geriet Walther Sedlmayr in sein eigentlichstes Fahrwasser, in sein überströmend kraftvoll Bekenntnis zu deutschem Land und Volk. Erschütternd gestaltete er Franz Kranewitters Jammer um Tirol Anno neun, nach der verlorenen Schlacht am Berg Isel. (Vor uns erstand in schmerzvoller Bitterkeit die Parallele zur heutigen Zeit.) Doch auch der Freude wußte der Künstler helle Reflexe zu verleihen. Voll jauchzender Seligkeit klang seine Verbundenheit zur Natur in dem Gedicht von Oberkofler aus und voll Verschmitztheit und überraschender Sachkenntnis waren die echt bayrisch anmutenden kernhaften Stücke von Karl Schönherr. Und alles wurde auswendig dargeboten und damit sogleich ein inniger Konnex zum begeisterten Publikum geschaffen.

MARCHIVUM

Kann Mannheim sich einen Zoo leisten?

Eine Rundfrage unter den deutschen Zooleitern — Die Wirtschaftslage der zoologischen Gärten

Daß ein zoologischer Garten für Mannheim eine wesentliche Bereicherung sein würde, ja, daß er für die nicht sehr reich mit Reizen ausgestattete nächste Umgebung sogar als eine Notwendigkeit bezeichnet werden kann, darüber sind sich die Kommunalpolitiker und die übrigen Einwohner ziemlich einig, selbst wenn unter ihnen verschiedenste Anschauungen über die meisten anderen Dinge bestehen. Sehr viel widersprechender aber sind die Ansichten über die

wirtschaftliche Möglichkeit

eines derartigen Unternehmens und damit auch über den Zeitpunkt, an dem man eine Verwirklichung ernstlich ins Auge fassen könnte. Je nach dem Charakter des Einzelnen denkt man optimistisch oder skeptisch über die Angelegenheit. Um nun aus dem Zustande allzu theoretischer Erwägungen herauszukommen und die Ansichten erfahrener Praktiker zu hören, haben wir uns an eine Reihe von Zoodirektoren gewandt und sie um ihr Urteil gebeten, ob heutzutage die Neugründung zoologischer Gärten im allgemeinen überhaupt als möglich zu bezeichnen ist. Für den Fall, daß der Gefragte auch hierüber urteilen könnte, fragten wir ihn auch nach seiner Ansicht über Mannheim im besonderen.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Mancher wird etwas enttäuscht sein über das Ergebnis. Denn ganz so optimistisch, wie einzelne Freunde der guten Sache urteilen, sehen die Praktiker die Angelegenheit nicht an. Aber es wird gerade um des Mannheimer Zooplanes willen gut sein, Illusionen, die sich nicht verwirklichen können, von vornherein auszuschalten. Wesentlicher ist es, daß im allgemeinen dennoch eine

bejahende Antwort auf die Kernfrage

erteilt wird.

So schreibt Hamburg: „Es gibt wesentlich kleinere Städte als Mannheim, wo sich zoologische Gärten als bestehungsfähig erwiesen haben. Wir nennen hier als kleinste Stadt Münster i. Westf., das einen recht netten, wenn auch kleinen Zoo seit Jahrzehnten unterhält. Ferner besitzen Halle, Basel, Posen ganz gut eingeführte zoologische Gärten. Im allgemeinen können ja alle diese Institute keine großen Ueberschüsse erlangen, sondern sind zufrieden, wenn sie balancieren können. Sehr viele deutsche zoologische Gärten bekommen ja auch städtischen oder staatlichen, jährlichen oder einmaligen Zuschuß. Unser Hamburger Zoo ist wohl z. Zt. der einzige in Deutschland, der ohne diesen Zuschuß arbeiten muß und dem es trotzdem gelungen ist, sich bis heute ohne Schulden zu erhalten ... Immerhin würde bei Gründung eines zoologischen Gartens in Mannheim mehr das moderne Prinzip der

freien Unterbringung der Tiere

angewendet werden müssen, da die Unterbringung in Häusern zu kostspielig werden würde."

Viele Vergleichsmöglichkeiten mit Mannheim bietet Halle. Es ist nur wenig kleiner als Mannheim, hat eine starke Arbeiterbevölkerung und ist nicht sehr reich an landschaftlichen Schönheiten. Daß es deren immer noch mehr als Mannheim besitzt, wird dadurch ziemlich ausgeglichen, daß der Hallische Zoo eine geradezu ideale Berglage besitzt, wodurch er viele Besucher anzieht, die in den Zoo um seiner selbst willen nicht gekommen wären. Dagegen besitzt Mannheim vor allem durch Ludwigshafen und Heidelberg ein größeres Hinterland als Halle. Und das ist ein Trost. Denn der hallische Zoo brauchte 1927 — nach Abzug von Tilgungskosten für Neubauten — einen Zuschuß von fast 100 000 Mark. Der Dezernent für den städtischen Zoo, Stadtbaurat Jost, bezieht sich in seiner Antwort auf unsere Frage vor allem auf den in der „Neuen Mannheimer Zeitung" am 5. Januar erschienenen Aufsatz, den er als zu optimistisch bezeichnet. Die Einnahmen könnten nur in Ausnahmefällen so günstig sein, wie dort angenommen würde. Dagegen seien die Ausgaben unterschätzt worden. „Aber Nürnberg", so fährt die Antwort fort, „das vielleicht ähnliche Verhältnisse aufweist, ist auch nicht so glänzend, wie der Verfasser annimmt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein zoologischer Garten eine Bildungsanstalt und ein Volkspark ist und demgemäß

nicht wirtschaftlich sein muß.

Allerdings würden wir in jetziger Zeit eine solche Anlage nicht neu schaffen."

Zu anderen Ergebnissen kommt dagegen Prof. Dr. Brandes, der Leiter des Dresdner Zoo. Er kennt auch die Hallischen Verhältnisse sehr genau, da er, freilich vor dem Kriege, die Direktion dieses Gartens innehatte. Dresden kommt ebenfalls ohne Zuschüsse aus. Doch kann man aus dieser Tatsache keinen Schluß auf Mannheim ziehen, da die sächsische Hauptstadt nicht nur erheblich größer ist, sondern einen außerordentlich starken Fremdenverkehr aufweisen kann. Prof. Brandes beurteilt die Möglichkeit von Zooneugründungen als „aussichtsvoll wie bei jeder Großstadt mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung".

Zu einem ganz negativen Ergebnis kommt dagegen Dr. Hauchecorne, der neue Direktor des Kölner zoologischen Gartens, der bis vor kurzem den Hallischen Zoo leitete. Er schreibt u. a.: „Die Aussichten für eine Zoo-Neugründung beurteilen wir sehr ungünstig. Die Neuanlagen für einen zoologischen Garten sind, wenn sie wirklich gut werden sollen, so kostspielig, daß bisher alle geplanten Neugründungen daran gescheitert sind. Deutschland hat zu viele zoologische Gärten, weit mehr als alle anderen Länder. Ein nicht ganz tadellos eingerichteter u. geleiteter Garten erfüllt seinen Zweck nicht, sondern schadet. Der Westen und Südwesten Deutschlands ist eigentlich mit Tiergärten genug versehen, sodaß keine Notwendigkeit einer Neugründung vorliegt."

Ganz besonderer Beachtung wird in diesem Zusammenhang das Urteil einer Autorität verdienen, wie sie

Geheimrat Professor Dr. Heck,

der langjährige Direktor des Berliner Zoos, darstellt. Er schreibt uns auf unsere Anfrage folgendes:

„Von grundsätzlichen Ausführungen pflege ich auf solche Anfragen wie die Ihrige, die ich im Laufe der Jahrzehnte schon viele erhalten habe, die folgenden zu machen: Ich möchte nicht bezweifeln, daß ein kleinerer zoologischer Garten, das heißt eine beschränkte Sammlung lebender Tiere, die zunächst die heimische Tierwelt, das Wild im weitesten Sinne, berücksichtigt, und allmählich die wichtigsten ausländischen Tierformen hinzufügt, in einer Großstadt wie Mannheim durchaus lebensfähig sein dürfte, wenn er zugleich gut gelegen, das heißt als sommerlicher und möglichst auch winterlicher Spaziergang oder Straßenbahnfahrt angenehm und bequem zu erreichen ist. Eine gute Gastwirtschaft mit entsprechenden Konzertveranstaltungen ist unbedingt vonnöten, und ein Kinderspielplatz mit Turngerüsten, Reiten und Fahren für Kinder mit Ponies, Eseln, Ziegenböcken spielt auch eine Rolle. Man sollte meinen, daß in diesem Sinne mit einem tüchtigen, unternehmungslustigen und einigermaßen kapitalkräftigen Wirt ein solches Unternehmen sich wohl auf die Beine bringen und auf feste Füße stellen ließe. — Erheblichen

gemeinnützigen Wert für Volksbildung

und anständige, körperlich und geistig gesunde Volkserholung hat es auf alle Fälle und erscheint daher unbedingt auch städtischer Unterstützung würdig in Form von Geländeüberlassung, Entgegenkommen bei Wasser- und Elektrizitätsbezug und Geldzuwendungen (Gegenleistung freier Besuch der Schulen)."

Eine Einrichtung, wie sie Geheimrat Heck nach seinen gründlichen Erfahrungen vorschlägt, scheint gerade bei der heutigen Wirtschaftslage besonders erwägenswert, weil sie ein verhältnismäßig geringes Risiko mit sich bringt. Anderswo könnte die Gefahr bestehen, daß ein zoologischer Garten mit einer anfänglich nicht sehr starken Tierbesetzung nicht genügend Anziehungskraft ausüben könnte. Bei der Armut der Mannheimer Umgebung an zugkräftigen Spaziergängen und guten, zugleich schön gelegenen Unterhaltungsstätten könnte dieses Bedenken nicht ernst genommen werden.

Th.

Städtische Nachrichten

Volkstrauertag

Gedächtnisfeiern im Rosengarten

Die Vorbereitungen des „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" zur Ausgestaltung des am kommenden Sonntag stattfindenden Volkstrauertages sind nunmehr soweit gediehen, daß die Programme zu den Gedächtnisfeiern im Rittersaal- und im Musensaal bei den hiesigen Musikalienhandlungen, den Hausmeistern aller Schulen und an der Kasse des Rosengartens zu haben sind. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß besondere Einladungen zu diesen großzügigen Veranstaltungen nicht ergehen, und daß Jedermann auf das herzlichste eingeladen ist. Außer der üblichen Einsatzgebühr von 10 Pfg. wird weiteres Eintrittsgeld nicht erhoben.

Die Veranstaltungen beginnen pünktlich um 3 Uhr nachmittags. Die Abwicklung des sich aus musikalischen, gesanglichen, deklamatorischen und rednerischen Darbietungen zusammensetzenden Programms dürfte etwa eine Stunde in Anspruch nehmen. Zur Erleichterung des Ordnungsdienstes beim Eingang zum Rosengarten dürfte es sich dringend empfehlen, daß sich die Teilnehmer der sich ohne Zweifel sehr eindrucksvoll gestaltenden Feiern schon an den vorhergehenden Tagen mit städt. Einlaßkarten versehen. Garderobezwang besteht — durch Entgegenkommen der Rosengarten-Verwaltung — nur für Stock und Schirm. Es ergeht schließlich an Jedermann die Bitte, auch für seinen Teil zu einem einmütigen und würdigen Verlauf des Tages beizutragen. Die Teilnehmer an der Gedenkfeier werden in Sonderheit gebeten, in einer dem ernsten Charakter des Tages entsprechenden Kleidung zu erscheinen.

Keine Sprengung des Rheineises

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Meldung eines hiesigen Blattes, daß heute das Rheineis zwischen Mannheim und Ludwigshafen gesprengt wird, nicht zutrifft. Man denkt aber auch nicht daran, derartige Sprengungen überhaupt vorzunehmen. Dagegen hat der Minister des Innern angeordnet, daß die badische Polizei, die auch bei Wassernotfällen helfend eingreifen muß, sofort in Verbindung mit den Flußbauämtern tritt. Polizeioberst von Blankenhorn aus Karlsruhe hatte heute vormittag bereits eine Besprechung mit Polizeidirektor Dr. Bader über die Sicherheitsmaßnahmen, die beim Eisgang zu treffen sind. Ein polizeiliches Bereitschaftskommando, das mit den nötigen Gerätschaften ausgerüstet ist, wird sofort in Aktion treten, wenn Gefahr im Verzuge ist. Außerdem werden Vereinbarungen mit der Freiwilligen Feuerwehr getroffen, die sich zu jeder Stunde zum Eingreifen bereit zu halten hat. Es wird alles getan, um Leben und Eigentum der Anwohner des Rheines und Neckars zu schützen. Heute nachmittag hat im Anschluß an eine Rheinbegehung im Rheinbauamt eine vom Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen einberufene Besprechung stattgefunden, an der die Vertreter der Reedereien und des Partikulierschiffer-Vereins „Jus et justitia" teilgenommen haben. Wir werden darüber in nächster Nummer berichten.

Brände

* **Der Dachstuhl eines Stallgebäudes** geriet gestern abend aus unbekannter Ursache im Anwesen Weiherstraße 12 in Feudenheim in Brand. Das Feuer wurde durch die um 7.38 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr Feudenheim mit zwei Schlauchleitungen, die von der Kraftspritze gespeist wurden, gelöscht. Der Dachstuhl wurde zum größten Teil zerstört. Der Schaden beträgt einige tausend Mark.

* **Ein Zimmerbrand** entstand gestern nachmittag infolge unvorsichtigen Umgangs mit brennenden Streichhölzern im Hause Prinz-Wilhelmstraße 6. Das Feuer war beim Eintreffen der um 8.36 Uhr alarmierten Berufsfeuerwehr bereits durch Hausbewohner gelöscht. Es sind Fenstervorhänge verbrannt und Tür und Fensterverkleidung beschädigt worden. Der Schaden ist gering.

Friedrich Karl von Savigny

Zu seinem 150. Geburtstage am 21. Februar 1929

Von **Hans Soltau**

Unter den vielen klangvollen Namen, die die deutsche Rechtsgeschichte aufzuweisen hat, wird der Friedrich Karl von Savignys stets einen Ehrenplatz behaupten.

Als Sproß eines reichsadeligen, in Oberlothringen erbeingesessenen Rittergeschlechts, das im 17. Jahrhundert nach Deutschland verschlagen wurde und hier neue Wurzeln trieb, wurde Savigny am 21. Februar 1779 zu Frankfurt am Main geboren. Nach Abschluß seiner juristischen Studien auf verschiedenen deutschen Hochschulen, vorzugsweise Marburg, erhielt er hier nach vorausgegangener Doktorpromotion eine außerordentliche Professur der Rechte. Sein Heim in der hessischen Universitätsstadt, der „Forsthof", war der Mittelpunkt eines geistig hochstehenden Kreises, dem unter anderen die Gebrüder Grimm, Clemens von Brentano und Bettina von Arnim angehörten. Den beiden letzteren, mit denen der junge Dozent schon seit längerer Zeit freundschaftlich verbunden war, trat er durch seine Heirat mit ihrer Schwester Kunigunde auch verwandtschaftlich nahe. Ausgedehnte wissenschaftliche Reisen durch Deutschland und Frankreich unterbrachen den Marburger Aufenthalt. 1808 siedelte Savigny nach Landshut über, um zwei Jahre später einem Ruf nach Berlin zu folgen. Hier führte seine Laufbahn rasch nach oben. Er wurde Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1810 Geheimer Justizrat, ein Jahr darauf Mitglied des Staatsrats und endlich 1842 Justizminister, als der er die Revision der gesamten preußischen Gesetzgebung zu leiten hatte. Seine streng konservative Einstellung führte bei der Märzrevolution zu seinem Sturze. Damit war Savignys politische Tätigkeit abgeschlossen, wenn er auch durch die Huld seines Königs 1858 ins Herrenhaus berufen und unter Verleihung des Schwarzen Adlerordens zum Kronsyndikus ernannt wurde. Savigny starb hochbetagt am 25. Oktober 1861, nachdem er noch im Jahre zuvor als Nachfolger Alexander von Humboldts zum Kanzler der Friedensklasse des Ordens Pour le Mérite ernannt worden war.

Ungeachtet der hohen von ihm bekleideten Aemter sind Savigny eigentliche Erfolge auf politischem Gebiete, insbesondere als Gesetzgeber, versagt geblieben. Um so heller strahlt dafür der Ruhm, den er durch seine akademische und literarische Tätigkeit gewann. Schon als er 1810 an die neu zu gründende Berliner Hochschule berufen wurde, empfahl Wilhelm von Humboldt ihn Friedrich Wilhelm III. als „den Mann, von dem der König die Vertiefung des Rechtsbewußtseins, die richtige Behandlung und Leitung des ganzen Studiums der Jurisprudenz erwarten dürfe". In dem geistigen Ringen, in dem Preußen sich auf die Abschüttelung des französischen Jochs vorbereitete, wirkte Savigny in hervorragender Weise mit. Seine Vorlesungen, die sich nach Abschluß der Befreiungskämpfe vornehmlich mit den Pandekten und Institutionen, daneben mit römischer Rechtsgeschichte befaßten, zeichneten sich durch ihre präzise Klarheit und eine ruhige, edel durchgebildete Beredsamkeit aus.

Vor allem wirkte Savigny jedoch durch seine Schriften, die ihn in Kürze zu den Führern der sogenannten „historischen" Schule in der Rechtswissenschaft aufrücken ließen. Schon in Marburg hatte er sein heute weit bekanntes Werk „Das Recht des Besitzes" veröffentlicht, das zu einer ausgedehnten Literatur über dieses so wichtige Rechtsgebiet Veranlassung gab. Viel Widerspruch fand er dagegen mit dem 1814 erschienenen „Vom Berufe unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft", einer doktrinären Abhandlung über die Mittel und Ziele der Gesetzgebung. Die Grundlagen des Rechts sollten nach ihm „weder in der Willkür des Menschen als positiver Gesetzgebung noch in der Gesetzgebung der Vernunft gefunden werden". Der Verfasser wandte sich in diesem Werke gegen das Naturrecht mit seinem „vielfältig flachen Streben in der Philologie", er stellte schon hier alles auf die geschichtliche Entwicklung ab und vertrat demgemäß die Behauptung, daß „neue Gesetzbücher weder nötig noch möglich und die vorhandenen zur allgemeinen Einführung keineswegs geeignet seien". Sogar der deutschen Sprache erkannte er die hierzu nötige Reife nicht zu!

Abgesehen von diesem Werke haben aber Savignys historische Untersuchungen ihrem Verfasser unvergänglichen Ruhm verschafft. Die „Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter", die zahlreichen Abhandlungen in der „Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft" und endlich sein letztes größeres Werk, das leider nicht vollendete „System des heutigen römischen Rechts" sichern ihm einen Ehrenplatz in der Rechtsgeschichte aller Zeiten, nicht nur seines Vaterlandes. Alle seine Werke zeigen eine gleichmäßige Vollendung des Stils, seltene Gelehrsamkeit und Sachkunde und eine den Durchschnitt weit überragende Eleganz der Darstellung, die den spröden Stoff zu lebendiger Anschauung bringt. Savignys Auffassung von der Entstehung des Rechts übt noch heute einen tiefgehenden Einfluß auf unsere juristische Bildung aus; man darf sagen, daß sie unseren Juristen in Fleisch und Blut übergegangen ist und daß sie — von Nebensächlichkeiten abgesehen — noch heute unerschüttert dasteht. Das wichtigste Prinzip dieser „historischen" Schule führt zu der Erkenntnis, daß „der Stoff des Rechts durch die gesamte Vergangenheit der Nation gegeben sei, doch nicht durch Willkür, so daß er zufällig dieser oder ein anderer sein könne, sondern aus dem inneren Wesen der Nation selbst und ihrer Geschichte hervorgegangen."

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch das religiöse Leben Savignys stark ausgebildet war. — Die Stadt Frankfurt wird den 150. Geburtstag ihres großen Sohnes am 21. Februar durch Anbringung einer Gedächtnistafel an seinem Geburtshause und eine umfassende Gedenkfeier festlich begehen. Auch überall sonst im Reiche und weit über dessen Grenzen hinaus wird man Savignys gedenken, der wie wenige zum Ruhme der deutschen Rechtswissenschaft beigetragen hat.

MARCHIVUM

Die verschneite Loreley

Der vereiste Rhein am Loreley-Felsen ist ein herrlicher Platz für Schlittschuhläufer geworden. Kein Schiffer im kleinen Schiffe schaut mehr sehnend in die Höh. Denn erstens wird die Loreley bei dieser Kälte nicht im Freien Toilette machen und zweitens sind die einzigen Menschen, die dort vorbeikommen, die Schlittschuhläufer, zumeist recht unromantische Sportsleute.

Süden wird zum Norden

Schnee an der Riviera. — Cannes, der in anderen Jahren um diese Zeit schon frühlingshafte Badeort an der französischen Riviera, ist dem Beispiele der Winterkurorte gefolgt: Ueberall Schnee und w.s.

Der sterbende Rhein

Noch ein letztes Bäumen, noch ein leises Beben,
Wie ein Zittern durch die Glieder geht,
Wie der Herzschlag mählich stockt und steht,
Also endete der Strom sein Leben.

Starr liegt er nun da und tot und stumm,
Eingebettet in dem Sarg von Eis
Schläft der Riese; einen Schleier weiß
Hat die Froststrau ihm ums Haupt gebunden.

Keine Wogen rauschend mehr ans Ufer schlagen,
Keine Wellen spielend sich einander jagen,
Und kein Schifflein schäumt mehr durch die Flut,
Jedes Steuer, jedes Ruder ruht.

Doch wenn du zur mitternächt'gen Stunde
Einsam lauschend auf dem starren Eise stehst,
Wird ein weher Klang zu dir heraufgetragen.
Tief im Grund die Nixen trauernd klagen.

A. Weber.

Nachsicht bei der Steuerbeitreibung

Nach den bis jetzt gemachten Beobachtungen steht zu befürchten, daß die außergewöhnlich lang anhaltende strenge Winterkälte nicht ohne schwer schädigenden Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben bleiben wird. Aus landwirtschaftlichen Kreisen werden Befürchtungen laut über Schädigung der Wintersaat, der Reb- und Obstanlagen. Auch in Haus und Hof verursacht die Winterkälte an Gebäuden, sowie durch starke Bedrohung der Gesundheit des Viehes mehr oder minder schweren Schaden. Art und Umfang dieser Schäden können im einzelnen erst nach einiger Zeit festgestellt werden; zur Feststellung werden besondere Erhebungen, insbesondere durch die Landwirtschaftskammer, gar nicht zu entbehren sein. Auch aus Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe werden empfindliche Störungen in Produktion und Absatz als Folge der Kälte gemeldet. Alle diese Schädigungen sind um so bedauerlicher, als sie die ohnehin schon schlechte Wirtschaftslage noch ungünstiger gestalten.

Im Hinblick darauf hat der Badische Finanzminister die Finanzämter erneut und eindringlichst angewiesen, zunächst bei Beitreibung rückständiger staatlicher Grund- und Gewerbesteuer die größtmögliche Nachsicht zu üben und außerdem noch mehr als sonst Gesuche um Stundung, Ermäßigung und Erlaß der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer in begründeten Einzelfällen der genannten Art besonders wohlwollend zu behandeln. Außerdem wird geprüft werden, ob und inwieweit etwa darüber hinaus nötigenfalls wenigstens für Gruppen von Fällen besonderer Schädigung eine Erleichterung der verschärften wirtschaftlichen Notlage gewährt werden kann. Der Badische Finanzminister hat ferner den Reichsminister der Finanzen und den Minister des Innern gebeten, für die gleiche schonende Behandlung bei der Erhebung der Reichs- und Gemeindesteuern besorgt sein zu wollen.

Kommunale Chronik

Der Deutsche Städtetag zum Steuervereinheitlichungs-Gesetz

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich mit dem Entwurf des Steuervereinheitlichungsgesetzes befaßt und seine Stellungnahme in folgende Entschließung zusammengefaßt:

„Der Richtgedanke einer Steuervereinheitlichung darf nicht zu einer weiteren Beschränkung der gemeindlichen Selbstverwaltung auf steuerlichem Gebiet benutzt werden. Die Reform des materiellen Rechts darf keine Aenderung der Zuständigkeiten vornehmen, die die Gemeinden aus dem wesentlichsten Teil der steuerlichen Arbeit ausschaltet. Für den Fall, daß die Festsetzung der Besteuerungsgrundlagen der Realsteuern den Verwaltungen der Länder und Gemeinden entzogen und den Finanzämtern übertragen wird, fordert der Vorstand des Deutschen Städtetages die

Einführung eines gemeindlichen Voreinschätzungsverfahrens

und eine ausreichende Beteiligung der Gemeinden an der laufenden Arbeit der Finanzämter durch Gewährung eines umfassenden Rechtes auf Auskunft und unmittelbaren Verkehr mit den Steuerpflichtigen. Das obligatorische Anhörungsrecht der Berufsvertretungen über die Höhe der Steuerumlagen der Gemeinden schränkt die gemeindliche Selbstverwaltung als die zur Vertretung der örtlichen Gesamtinteressen berufene Instanz zugunsten beruflicher Sonderinteressen ein und ist als Versuch, die politischen Rechte der auf Grund des Allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählten Gemeindevertreter abzubauen, abzulehnen. Die Voraussetzungen für die staatliche Genehmigung der Gemeindeumlagen müssen so festgelegt werden, daß die Genehmigung nicht zur Regel wird und damit zu einer unausdenkbaren Arbeitsbelastung der Aufsichtsbehörden führt, sondern nur in wirklich dringenden Fällen vorgesehen wird. Die im Interesse der Wirtschaft erforderliche Beweglichkeit der örtlichen Gewerbesteuer ist durch Gewährung des Wahlrechtes zwischen den Besteuerungsgrundlagen des Kapitals und der Lohnsumme nicht nur an das Land, sondern auch an die einzelne Gemeinde zu sichern.

Die deutschen Städte haben es nie unterlassen, bei jeder Gelegenheit die Forderung nach ausreichendem und gesundem Wohnraum für die in den Städten wohnenden Menschenmassen zu erheben.

Wohnungspolitik ist eine der dringendsten Gemeindeaufgaben

Jeder Gedanke an zentralistische Planwirtschaft wird daher aufs schärfste abgelehnt. In der Erkenntnis, daß eine menschenwürdige Wohnung mit mäßigem Mietzins die Voraussetzung sozialen Friedens, der Volksgesundheit und des wirtschaftlichen Fortschritts ist, haben die Städte der Neubautätigkeit stets ihre besondere Fürsorge gewidmet. Soll diese auf weite Sicht gestellte Wohnungs- und Grundstückspolitik nicht in ihren Grundlagen auf das schwerste erschüttert werden, so muß der Fortbestand der Gebäudeentschuldungssteuer als der wichtigsten Finanzierungsquelle des Wohnungsbaues bis zur Beseitigung der Wohnungsnot unbedingt und auch weiterhin als Gemeindesteuer in einem Maße, das die Deckung der inneren Kriegslasten bei den Gemeinden befriedigt, gesichert sein. Zu diesem Zweck richten die deutschen Städte an den Reichstag die dringende Bitte, durch eine Festlegung der Gebäudeentschuldungssteuer auf die Dauer von mindestens 25 Jahren die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

*

Der Bürgerausschuß Karlsruhe

hatte sich am Montag in einer nahezu fünfstündigen Sitzung mit einer sehr umfangreichen und bedeutungsvollen Tagesordnung zu beschäftigen. Zunächst gab es eine im ganzen mehr theoretische Debatte über die

Prüfung der städtischen Rechnungen

Der Vorsitzende des vom Bürgerausschuß bestellten Prüfungsausschusses, Stadtv. Wild, verwahrte sich in seinem Referat über die städtischen Rechnungen für 1924 dagegen, daß manche Dienststellen von einer übertriebenen Empfindlichkeit getragene Bemerkungen zu Fragen des Ausschusses machten. Dann kam er ausführlich auf vier Anträge der Volksrechtspartei zu sprechen. Er hielt es u. a. nicht für angängig, daß ein Mitglied des Ausschusses das Recht haben solle, Kontrollen in den städtischen Aemtern vorzunehmen. Dieses Recht stehe dem Ausschuß als Kollegium zu. Man wolle und müsse nun der Rückstände möglichst bald Herr werden. Der Vertreter der Volksrechtspartei, Stadtv. Strickfaden, begründete ausführlich die Anträge seiner Partei. Es handle sich hier um eines der wichtigsten Rechte, das dem Bürgerausschuß verblieben sei. Früher wurde die Rechnungsabhör laufend, d. h. vierteljährlich durchgeführt, heute sind wir soweit gekommen, daß wir uns jetzt mit der Abhör von 1924 beschäftigen. Der vorgeschlagenen großzügigen Abhör für die Jahre 1925 und 1926 versage die Volksrechtspartei ihre Zustimmung. Es gelte die Rechnungsabhör zu sanieren. Ein kommunistischer Redner verlangt eine neue Kassen- und Rechnungsordnung. Für 1924 seien zum allermindesten bedeutende Dienstnachlässigkeiten festgestellt worden. Stadtverordneter Wild wies darauf hin, daß die Prüfungsbeamten bereits diese Dinge festgenagelt haben, und daß sich deshalb die Kommission damit befassen konnte. Der Präsident des badischen Rechnungshofes, Stadtverordneter Wittemann (Ztr.), glaubt, daß die Grundsätze, die im Staat gelten, nicht schematisch auf eine Großstadt übertragen werden könnten. Wenn die Rechnungen alle so eingehend geprüft werden sollen, wie es der volksrechtliche Antrag wolle, stünde das Ergebnis schließlich bei weitem nicht mehr im Einklang zu den Kosten. Das allermeiste, was die Anträge der Volksrechtspartei verlangen, sei praktisch schon rechtens. Außerdem bekommen wir nun eine Staatshaushalts- und eine Rechnungsordnung für das Reich. Auch das Land Baden wolle im Anschluß daran eine neue Kassen- und Rechnungsordnung schaffen. Die Rechnungsordnung für die Gemeinden nehme immer auf die des Landes Bezug, und es müsse daher abgewartet werden, bis die Vorbilder von Reich und Land in Kraft sind. Dann könne man auch das in den Anträgen vorliegende Material benutzen.

Ueber die Errichtung eines neuen Wasserwerks bei Mörsch

berichtete Stadtverordneter Wild. Die Höhe des künftigen Wasserzinses werde von den Anlagekosten des neuen Werks mitbestimmt. Vielleicht könnte durch teilweise Stromversorgung von Scheibenhard aus eine Ersparnis gemacht werden, eine Frage, die noch geprüft werde. Die Kostendeckung müsse aus Anlehensmitteln geschehen, da leider die Erneuerungsfonds der städtischen Werke nicht derart angewachsen seien, daß wir daraus Mittel entnehmen können. In der Aussprache wurde der Vorlage von allen Seiten zugestimmt und die Kosten von 3 270 000 Mk. einstimmig bewilligt. Es wurde auch für richtig erklärt, daß das neue Werk soweit wie möglich von der Stadt gebaut wird, um die städtische Bebauung nicht zu hindern. Das jetzige Werk hat 60 Jahre lang den Bedarf der Stadt gedeckt.

Die Vorlage auf Beitritt Karlsruhes zur Südwestdeutschen Gas-A.-G.

wurde, lt. „Karlsr. Ztg.", mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen waren nur die Kommunisten. Die Eingemeindung von Bülach, durch die eine starke Einbuchtung im Süden des Weichbildes der Stadt beseitigt wird, wurde einstimmig genehmigt. Der Oberbürgermeister hieß die neuen Bürger Karlsruhes herzlich willkommen. Es ist seit 20 Jahren wieder die erste Eingemeindung. Schließlich wurde noch der Ankauf des Palais Bürklin in der Kriegsstraße zum Preise von 260 000 Mk. genehmigt, um darin die Hochschule und das Konservatorium für Musik unterzubringen.

Bei der durch die Stadtverordneten vor Beginn der Sitzung vorgenommenen Ersatzwahl für den zurückgetretenen Stadtrat Reiff (Dntl.) wurde entsprechend den Bestimmungen eines früheren Uebereinkommens Stadtverordneter Architekt Deines (Deutsche Volkspartei) mit 57 von 69 abgegebenen Stimmen gewählt.

Kleine Mitteilungen

Der am Sonntag stattgefundene dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Kirchen bei Müllheim war nun endlich von Erfolg begleitet. Küfermeister Friedrich Bürging wurde mit 271 Stimmen zum Gemeindeoberhaupt gewählt.

Tagungen

Hauptversammlung der Deutschen Verkehrswacht E. V. Sicherheit über alles!

Die ungeheure Zunahme der Unfälle im Straßenverkehr fordert gebieterisch, den Unfallgefahren mit allen Mitteln entgegenzutreten. Dieser Aufgabe unterzieht sich die Deutsche Verkehrswacht E. V. in einer Zusammenarbeit mit ihren über das ganze Reich verbreiteten Ortsgruppen. Durch Aufklärung, Belehrung und Erziehung aller Arten von Straßenbenutzern, insbesondere der Jugend, trägt ihre Arbeit in anerkannt hohem Maße zur Herabminderung der Unfallziffer bei. Ihre Tätigkeit ist Dienst am Volke in des Wortes bester Bedeutung. Sie will ohne Verfolgung eines Nebenzweckes der Bevölkerung Leben, Gesundheit und Eigentum erhalten. In diesem Gedankengange bewegten sich die Verhandlungen der am 1. Februar 1929 in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung, die im Anschluß an eine Vorstandssitzung stattgefunden hat.

Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht sei als wichtigstes hervorgehoben: Eröffnung des 1. Musterzimmers für Verkehrsunterricht in Berlin, Gründung der „Deutschen Schulverkehrswacht", Herausgabe der Monatsschriften „Deutsche Jugendverkehrswacht", „Deutsche Schulverkehrswacht", jetzt „Verkehrswarte", Gewährung einer Reichsbeihilfe. Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers. Die Herstellung eines Aufklärungsfilmes ist beabsichtigt; während der R.U.Wo. erfolgt die Massenverteilung eines Verkehrsmerkblattes im ganzen Reiche.

Nach der Beitragsfestsetzung und der Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen. Diesem gehören an die Herren: Konsul Fritsch (A.v.D.), Rektor Hauer (D.Sch.B.W.), Dr. Horch (N.d.A.), Kemptner (D.Verk.Bd.), H. Kuhn (B.D.K.), H. Riemann (Arb.Radf.Bd. Solidarität), ein Vertreter des Deutschen Touring-Clubs und die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. Diesen bilden die einstimmig wiedergewählten Herren: Generaldirektor Kaufmann, Sportpräsident Kroth, Gewerkschaftsführer und August Reitz. M.d.R.W.M.

Aus Handel und Wandel

(Hinweise auf Anzeigen)

* **Internationale Automobil-Ausstellung in Rom.** Bei der Internationalen Automobil-Ausstellung in Rom, die vom 30. Januar bis 10. Februar d. Js. stattfand, war als einzige deutsche Marke Mercedes-Benz vertreten.

Schluß des redaktionellen Teils

Grippegefahr
Wybert
beugt vor

MARCHIVUM

MARCHIVUM

Der Beginn des „Spaka"-Prozesses

Wie bereits in der Mittags-Ausgabe gemeldet, begann heute vormittag vor dem Erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen die Inhaber der „Spaka", Mann und Schmitt. Gegen halb 10 Uhr — um halb 9 Uhr sollte die Verhandlung beginnen — ist der Zuschauerraum besetzt. Die Verhandlung wird durch die Vereidigung der beiden Schöffen (Fabrikarbeiter Karl Hörner und Arbeiter Jakob Anger, beide aus Mannheim) eingeleitet. Außer den bereits genannten Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Götzmann und Bücherrevisor Hoffmann, hat die Verteidigung Dr. Pflugmacher geladen. Für Mittwoch ist nur ein Teil der Zeugen vor Gericht bestellt.

Die Anklage lautet auf Betrug und Urkundenfälschung. Dem

Eröffnungsbeschluß

sei folgendes entnommen:

Mann rief gegen Ende des Jahres 1926 ein Konsortium zur angeblichen Finanzierung eines von dem Caritasverband zu errichtenden Erholungsheimes zusammen, obwohl ihm von dem Leiter des Verbandes jede Tätigkeit für den Verband ausdrücklich untersagt worden war. Schmitt erklärte sein Einverständnis, daß die hiernach völlig gegenstandslosen von dem angeblichen Caritaskonsortium auszugebenden Beteiligungsscheine über je 10 Mark von der Treuhandgesellschaft, die in Wahrheit nach ihrer Vermögenslage irgend eine Sicherheit dafür zu bieten nicht imstande war, gezeichnet wurden. Auf diese Weise gelang es, den Löwenwirt L. in Sinsheim zur Zeichnung eines Betrages von 500 Mk. für die angebliche Caritas-Sache, in Wahrheit für Mann und Schmitt, persönlich zu gewinnen, nachdem ihn Mann schon am 9. 7. 26 ohne Mitwirkung des Schmitt veranlaßt hatte, 20 Reichsmark vorgebliches Eintrittsgeld für die weder bestehende noch jemals gegründete Rheinisch-Pfälzische Spar-Kreditbank zu geben.

Weiter schlossen Mann und Schmitt am 20. 12. 26 zu Mannheim mit dem Buchdrucker B. ein Abkommen, wonach sie diesem die ihnen angeblich aus der Caritas-Finanzierungs-Aktion zustehende Umsatz-Provison abtraten und dafür erreichten, daß dieser ihnen seine gegen den Kommerzienrat Dr. Edelmeyer in Berlin zustehende Forderung in Höhe von 17 625.— Mk. samt sämtlichen ihm dafür gegebenen Wechselsicherheiten zedierte, so daß sie nun ihrerseits die Forderung gegen Dr. Edelmeyer in Händen hatten, während dem Buchdrucker B. eine völlig wertlose Gegenleistung dafür geboten war.

Unter Berufung auf ihre angeblichen

Beziehungen zu den Caritasverbänden

haben sie schließlich Anfang 1927 die berüchtigte Spaka — Spar- und Kredit-G. m. b. H. —, die ihre Tätigkeit in A 2, 5 entfaltete, gegründet. Sie haben dafür vorgegeben, daß die aufzubringenden Mittel (Anfangsbeteiligung) von 250 000 Mk. bank- und versicherungs-technisch rückgedeckt werden sollen und daß bis zum 31. Dezember 1931 der Gewinn, der mit 2 Millionen ℳ veranschlagt wurde, auszuzahlen sei. Durch diese auf keinerlei Grundlage gestützten Versprechungen gelang es ihnen zunächst 19, schließlich im Laufe der Zeit 29 Genossen zur Beteiligung zu bewegen. Es wurde zunächst eine Anfangsbeteiligung von 27 000 Mk. zusammengebracht. Das Geld wurde vorher, soweit es nicht in den übermäßigen Aufwendungen für Einrichtungen der Spaka-Räume aufging, für persönliche Zwecke verwendet.

Etwa im August 1927 hat dann Schmitt nach vorheriger Verabredung von Mann von Berlin aus ein von ihm selbst mit der Firma Diskonto- und Handelsbank unterzeichnetes

Telegramm nach Mannheim

gesandt, worin wahrheitswidrig bestätigt wurde, die Bank habe 60 000 Reichsmark Anfangsbeteiligung der „Spaka" erhalten. Dieses Telegramm verlas Mann in den „Spaka"-Versammlungen in Kenntnis der Unrichtigkeit des Inhalts mit dem Anfügen, die Badische Treuhandgesellschaft habe aus eigenen Mitteln 33 000 Mk. zur Anfangsbeteiligung der Spaka gegeben, es gelte nun die hierdurch illiquid gewordene Treuhandgesellschaft wieder flüssig zu machen. Auf diese Weise gelang es ihm, die Spaka-Genossen zu veranlassen, weitere Anfangsbeteiligungen in Höhe von über 15 000 Reichsmark, ferner sogenannte „Jahresgelder", mit denen nach seinen Behauptungen binnen einem Jahre der 3—4fache Umsatz des erhaltenen Geldes erzielt werden solle, in Höhe von 10 895 Mk. beizubringen. Ferner verstand er es, Wechsel in beträchtlicher Höhe zu akzeptieren, die nach anfänglicher Einlösung gegen Ende der Zeit zu Protest gingen.

Im Laufe des Jahres 1927 bis zum Sommer 1928 haben sie den Kaufmann W. in Sinsheim bewogen, einen Grundschuldbrief im Werte von 30 000 Mk. für angebliche Zwecke der Spaka herauszugeben und Wechselverpflichtungen in Höhe von rund 80 000 Mk. für das Unternehmen einzugehen, wobei sie vorgaben, daß es sich um eine „bombensichere Sache" handle, während sie in Wahrheit das Geld nicht für die genannte „Spaka", sondern für die nunmehr stark überschuldete Badische Treuhandgesellschaft, insbesondere für Gutmachung der von ihr eingegangenen faulen Wechselgeschäfte und zur Bestreitung ihres eigenen Lebensunterhalts verwendeten.

Als im Frühjahr 1928 der

Zusammenbruch ihrer gesamten Unternehmungen

nicht mehr aufzuhalten war, gaben sie Sparanteilscheine über 1000 Mk., die überhaupt keine Deckung hatten, heraus. Den Inhabern der Scheine wurde auf 31. Dez. 27 die Auszahlung eines Betrages von 1000 Mk. zugesagt. Tatsächlich gelang es, einen solchen Schein für 350 Mk. an den Landwirt S. in Heddesheim zu verkaufen, während eine Reihe anderer Personen in Mannheim und Schwetzingen solche Scheine erhielten und sie zum Preise von 150 bis 500 Mark für das Stück abzusetzen versuchten. Als schließlich der Zusammenbruch bereits eingetreten war und Mann sich vor der Notwendigkeit sah, den Gesamtschaden zu ersehen, erhielt er unter der Angabe, Grundschuldbriefe auf die Anwesen eines gewissen Krämers zu besitzen, die zurzeit aber nicht verwertbar waren und angeblich von einer Berliner Bank mit 250 000 Mk. beliehen werden sollten, von einem hiesigen Arzt vorschußweise 4000 Mk., welchen Betrag die beiden Betrüger unter sich teilten.

Die Angeklagten sagen aus

Zunächst wurde die Caritas-Angelegenheit besprochen. Mann erklärte auf die Fragen des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Schmitt: Ich wollte zunächst 100 000 Mark in Anteilscheinen zu je 10 Mark verteilen, die zu 80 Prozent (nach Abzügen an Provision usw.) für ein Erholungsheim des Caritasverbandes verwendet werden sollten. Der Leiter des Verbandes war einverstanden mit dieser Hilfe. Ich selbst habe etwa für eine halbe Million Scheine drucken lassen. Die Herren, die sie vertrieben, sollten 5 Prozent als Provision erhalten. Einige mußten als Sicherheit ein Akzept über 16 000 Mark geben, das nicht verwendet, sondern aufbewahrt wurde. Ich wollte nur etwas Schriftliches in der Hand haben. Es ist aus allen Caritasscheinen kein Geld eingegangen. Zwei Akzepte von je 5000 Mark erhielt ich von Herrn W. aus Sinzheim. Als ich merkte, daß der Verbandsleiter selbst von sich aus Scheine ausgab, habe ich die Sache aufgegeben. Der 16 000 Mark-Wechsel wurde vernichtet, die beiden anderen nachher bei der Spaka verwendet. Geld ist überhaupt nicht eingegangen.

Der Angeklagte Schmitt, der wegen seiner kürzlich überstandenen Krankheit sitzend aussagen darf, erklärt: Die Verteilung der Einnahmen war anders gedacht, 10 Prozent sollten für den Heimbau verwendet werden, 90 Prozent versicherungstechnisch verwendet werden. Erst später habe ich festgestellt, daß Kiefer sich gar nicht gebunden habe.

Vors.: Was beabsichtigten Sie denn, als Sie sich beteiligten?

Schmitt: Ich wollte Geld verdienen und hielt wegen der Caritasbeteiligung die Angelegenheit für gut.

Einvernahme der Zeugen

Als erster Zeuge wird Kriminalkommissar Lang kurz vernommen, der die ersten Erhebungen gemacht hat. Erst die Vernehmung von Stadtpfarrer Kiefer bringt einige Klarheit in den Fall: Mann, den ich nicht kannte, sprach mir von der Gründung einer Baugenossenschaft etwas unklar. Die Caritas sollte ihren Namen dazu hergeben. Ich lehnte nach einigen Erkundigungen die Beteiligung ab. Dann wollte Mann eine Versicherungsgesellschaft gründen. Mit dem zu erwartenden Gewinn wollte er Gutes stiften. Ich lehnte es wieder ab, den Namen der Caritas dazu herzugeben. Mann kam ein drittes Mal, ohne etwas klareres vorzubringen. Wieder lehnte ich jede Mitwirkung ab.

Der Vorsitzende verliest ein Protokoll über eine Versammlung, in der über die ganze Angelegenheit verhandelt worden sein soll, auch über die Mitwirkung der Caritas. Der Zeuge erklärt, daß er zum ersten Male von einer solchen Verhandlung höre. Mann dagegen behauptet, daß das Protokoll beim Pfarrer gewesen sei. Doch hat der Pfarrer sich das Buch nicht angesehen. Eine auffällige Unterschrift heißt: „Für den Caritasverband", dann folgen die Namen. Mann erklärt dazu, daß es sich nicht um Unterschriften für die Caritas handle, sondern dieser Teil des Protokolls sei eben nur für die Caritas bestimmt gewesen.

Hauptlehrer Ilg aus Ladenburg, der die Verteilung der Scheine mit übernehmen sollte, sagt als Zeuge aus, daß ihm Scheine mit dem Namen Kiefer vorgelegt worden seien. Die zur Verteilung ihm übergebenen 2000 Scheine waren dagegen von der Badischen Treuhandgesellschaft unterschrieben. Er selbst beteiligte sich mit 300 Mark. Welchen Gewinn er hier erhalten sollte, wußte er nicht mehr, für die Vertreibung der Scheine waren ihm 15 Prozent vom Nominalwert versprochen. Er mußte einen Sichtwechsel über 16 000 Mark unterschreiben, die übrigen 4000 Mark sollten sein Gewinn sein. Auch nach seiner Aussage sollten nur 10 Prozent vom Gewinn an die Caritas fließen, ein Teil als Gewinn ausgeschüttet, das übrige „versicherungstechnisch" verwendet werden.

Der Wirt L. aus Sinzheim hat Mann 1928 in seinem Lokal kennen gelernt. In einem Mannheimer Hotel wurde eine Versammlung abgehalten, zu der auch L. eingeladen wurde. Er hat später 500 Mark eingezahlt. Ueber einen zu erwartenden Gewinn will er nichts erfahren haben.

Die Forderungen gegen Dr. Edelmeier

Nun wird der Fall des Buchdruckers B. verhandelt. Mann: An Kommerzienrat Dr. Edelmeier in Berlin hatte die „Badische Treuhandgesellschaft" 23 000 Mark Forderungen in Form von Wechseln; anstelle der eingelösten Wechsel wurden neue ausgegeben. Als sie bestimmt damit gerechnet hätten, daß die Caritasangelegenheit gelingen würde, ließen sich Mann und Schmitt die Forderungen des Buchdruckers B. gegen Edelmeier übertragen, wofür B. die Umsatzprovision für die Caritasscheine bekommen sollte. Eingegangen sind 5000 Mk., von denen B. 2000 oder 3000 Mk. erhielt, das übrige die Badische Treuhandgesellschaft. Schmitt erklärte, daß er 1926 Mann durch Edelmeier kennen gelernt habe und daß Edelmeiers Unternehmungen durch verschiedene Wechsel finanziert worden sind. Die Schulden, die E. an verschiedene Gläubiger hatte, übernahm dann Mann; es handelte sich um 23 000 Mk. Man fürchtete, daß der Buchdrucker gegen E. wegen der 17 000 Mk. klagend vorgehen könne, wodurch die Sanierungsversuche verhindert worden wären. Nur dadurch sei man veranlaßt worden, die Forderungen B.s zu übernehmen.

Der Buchdrucker Besting teilt mit, daß ihm E. mehrmals gesagt hat, an Mann und Schmitt seien Zahlungen zum Ausgleich der Forderungen ergangen, worauf B. seine Sicherheiten von Mann und Schmitt zurückverlangt, aber nichts zurückerhalten habe. Schmitt sagt hierzu, daß er zu B. gegangen sei, als die Caritasangelegenheit sich als undurchführbar herausgestellt habe, um ihm dies mitzuteilen. Darauf sind die Forderungen an E. von M. und Sch. wieder auf B. zurückgegangen.

Nun wird die Aussage des kommissarisch vernommenen Zeugen Kommerzienrat Dr. Edelmeier verlesen. Er hat seit 1926 zu Schmitt und Mann nähere Beziehungen. Beide wollten eine Sparversicherungsmethode, die Edelmeier projektierte, in Baden einführen, doch zerschlug sich diese Sache. Von der Caritasangelegenheit hat E. nichts erfahren. Die 23 000 Mk., die Mann an Forderungen an ihn hatte, habe M. gleichsam von ihm erpreßt. Bei E.s Sparsystem sollten die Beiden nicht mitwirken, nur wollte Schmitt beim Absatz tätig sein. E. hält Schmitt für den besseren Charakter. Die Schuld bei B. habe sich aus Druckaufträgen ergeben. Erst als Mann und Schmitt ihre Hand im Spiele hatten, sei ihm gedroht worden, um ihn zur Zahlung zu zwingen.

Zeuge Günther hat auch Beteiligungsscheine vertreiben wollen. Für jeden Schein sollten sie 1.50 Mk. erhalten.

Damit war die Vernehmung in der Caritassache beendet. Die Behandlung der Spaka-Angelegenheit wurde erst nach der Mittagspause begonnen.

Aus der Pfalz

Studienrat Julius Honacker †

* **Ludwigshafen**, 20. Febr. Nach längerem durch französische Kriegsgefangenschaft und passiven Widerstand hervorgerufenen Leiden starb unerwartet der Mathematiker des Gymnasiums, Julius Honacker, im Alter von 41 Jahren. Seinem Wunsche entsprechend, wurde er in seiner Heimat Weisenheim a. Sand, wo sein 1911 verstorbener Vater ein Menschenalter hindurch als Lehrer wirkte, zur letzten Ruhe getragen.

*

* **Ludwigshafen**, 19. Febr. Die Reichsbahndirektion Ludwigshafen teilt mit: Heute früh 8.30 Uhr durchrannte auf dem Bahnübergang der Staatsstraße bei Posten 528 zwischen Contwig und Tschifflick ein Personenkraftwagen die geschlossene Schranke unmittelbar vor Vorüberfahrt des Personenzuges 821. Der Kraftwagen wurde vom Zuge erfaßt und zur Seite geschoben. Personen kamen nicht zu Schaden. Dagegen wurde Kraftwagen und Lokomotive beschädigt.

:: **Kallstadt**, 19. Febr. Am 15. d. M. veranstaltete im Saale des Weinhauses Georg Henninger der Grünstadter Weinmarkt eine Weinprobe. Der Besuch war zahlreich. Die mundigen, stahligen Weine, die die beste Kellerbehandlung aufweisen, fanden eine gute Bewertung vom Handel, sodaß Hoffnung auf eine flotte Versteigerung besteht. Auch unter den zum Angebot kommenden Portugiesern befinden sich schöne kräftige Sachen. Die Versteigerung, zu der 12 Fuder 1928er Portugieser Weißkelterung, 8½ Fuder 1927er Weißweine, 37½ Fuder 1928er Weißweine und 18½ Fuder 1928er Portugieser Rotkelterung aus den besseren und besten Lagen der Unterhardt zum Ausgebot kommen, findet am Mittwoch, 27. Februar im Saalbau der Jakobslust zu Grünstadt statt. (Näheres siehe Anzeige im heutigen Mittagsblatt.)

* **Germersheim**, 20. Febr. Das stehende Eis des Rheins hat sich in der vergangenen Nacht etwa 500 Meter stromauf geschoben und ist nun bei Kilometer 28 oberhalb der Sondernheimer Ziegelei angelangt. Treibeis kommt nur noch sehr wenig. Der Pegel ist seit gestern um weitere 60 Zentimeter gestiegen.

* **Edenkoben**, 20. Febr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Jakob Lintz Söhne, G. m. b. H., Weingroßhandlung in Edenkoben ist ein verfügbarer Aktivbestand von 948.05 ℳ vorhanden. Dieser Betrag reicht gerade aus, um die Gerichts- und Verwaltungskosten und die Kosten für Buchrevisionen zu decken.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7⁰⁰ morgens)

	Seehöhe m	Luftdruck a. NN mm	Temperatur C	Tagesmittel	Änderung	Niederschlag mm	Schneehöhe cm	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Wertheim	151	—	−18	0	−14			still		wolken.		
Königshofen	563	734,0	−6	−3	−6			-		heiter		
Karlsruhe	120	774,0	−5	−3	−6			ONO	leicht	bedeckt		
Bad.-Bad	213	770,3	−6	−2	−7			still		Nebel		
Villingen	780	747	−7	−2	−7			N	-	bedeckt		
Feldberg, Hof	1275	698,4	−8	−2	−12			O	mäß.	wolkenl.		
Badenweil.	-	771,7	5	−1	−7			NO	leicht	bedeckt		
St. Blasien	780		−6	−1	−6			still		-		
Höchenschw.	-	-										

Die Kältewelle ist inzwischen bis zur Mainlinie vorgedrungen. Natürlich ist es allgemein zu einer Verschärfung des Frostes gekommen (heute früh in Berlin minus 15 Grad, Hannover minus 20 Grad). In unserem Gebiet hat der Frost seit gestern noch etwas nachgelassen (Rheinebene heute früh 5—7 Grad unter Null), nur den äußersten Nordosten des Landes hat der Kälterückfall bereits erfaßt (Wertheim minus 18 Grad). Doch wird es auch in den südlichen Landesteilen wieder kälter werden. Der Kälteeinbruch hat das europäische Hochdruckgebiet wieder verstärkt, sodaß heute der Druck über Skandinavien, Finnland und den Ostseeländern bis auf 780 Millimeter gestiegen ist. Durch diese erneute Festigung des europäischen Kältespeichers wird der Fortbestand der Frostperiode für eine noch nicht absehbare Zeit gesichert.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 21. Februar 1929: Verschärfung des Frostes.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar

Rhein-Pegel	13.	14.	15.	18.	19.	20.	Neckar-Pegel	13.	14.	15.	18.	19.	20.
Konstanz	1.36	0.40	.37	.40	.00	0.46							
Schusterinsel	.00	0.15	.18	0.17	0.17	0.15	Mannheim	1.46	3.35	3.40	3.35	3.40	3.72
Kehl	1.50	1.45	1.46	1.48	1.49	1.47	Jagstfeld	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Maxau	2.95	2.97	3.03	3.13	3.19	3.19							
Mannheim	1.68	3.28	3.44	3.50	3.55	3.55							
Caub	0.00	2.88	3.00	3.20	3.31	3.41							
Maxau	0.39	0.3.	0.10	0.13	0.14	0.13							

Schluß des redaktionellen Teils

Kurhaus Monte Brè Lugano Süd-Schweiz
Moderne phys.-diät. Kuranstalt u. Erholungsheim. Nähe Strandbad. Arzt. Deutsches Haus, das ganze Jahr besucht. Pens. v. Mk. 8.- an. Prospekte frei

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas
Neue Mannheimer Zeitung G. m. b. H. Mannheim P 6, 3
Direktion Ferdinand Heums
Chefredakteur: Karl Fischer — Verantwortl. Redakteure: für Politik: H. H. Meißner — Feuilleton: Dr. G. Kaiser — Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder — Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller — Handelsteil: Karl Gamer — Kritik und alles Uebrige: Franz Kircher — Anzeigen: Max Hahn

Aufspringen der Hände und des Gesichts

schmerzhaftes Brennen, sowie Röte und Juckreiz der Haut werden beruhigt und ausgeheilt durch die wundervoll kühlende, reizmildernde **Creme Leodor.** Diese schneeig-weiße, glyzerinhaltige, fettfreie Hautcreme verleiht auch den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Gleichzeitig herrlich duftende kosmetische Unterlage für Puder. Tube 1 Mk. - Erhältlich in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

MARCHIVUM

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Baseler Dachgesellschaft der IG. Farbenindustrie

A. o. Generalversammlung der J. G. Farbenindustrie

In der heutigen in Frankfurt a. M. abgehaltenen a. o. G. V. der J. G. Farbenindustrie wurde der Abschluß des Dividenden-Garantievertrages mit der internationalen Gesellschaft für chemische Unternehmungen AG. in Basel einstimmig genemigt. Eine Erörterung darüber fand nicht statt. Vertreten waren durch 173 Aktionäre 788 265 400 Reichsmark Stammaktien, 156 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien Serie A und 40 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien Serie B.

Der Dividenden-Garantievertrag wurde von der Verwaltung wie folgt begründet: „Im Verlaufe der internationalen Verhandlungen und bei der Ausgestaltung der im Auslande angeknüpften Beziehungen hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß zu deren Unterstützung und Durchführung die Vermittlung einer großen ausländischen Gesellschaft zweckmäßig erscheint. Aus derartigen Erwägungen heraus ist im Juni 1928 die „Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmungen in Basel (J. G. Chemie-Basel) gegründet worden. Sie ist eine Holdinggesellschaft schweizerischen Rechts. Ihr Aktienkapital von 20 Millionen Frk. das bei der Gründung mit 50 v. H. Disagio ausgegeben wurde, soll auf insgesamt 250 Millionen Schweizer Franken Stammaktien erhöht werden, wozu noch 40 Millionen 6prozentige kumulative, im Liquidationsfall mit 10 v. H. Agio rückzahlbare Vorzugsaktien hinzutreten, die auf den Namen lauten. Von den 250 Millionen Stammaktien sollen 80 Millionen den Aktionären der J. G. Farbenindustrie a. G. und der mit dieser in Interessengemeinschaft stehenden Unternehmungen (A. Riebecke Montanwerke AG., Dynamit-AG. vorm. Alfred Nobel u. Co., Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-AG., Aktiengesellschaft Siegener Dynamitfabrik und Gustav Genschow u. Co. AG.), ebenso den Inhabern der Teilschuldverschreibungen der J. G. Farbenindustrie AG. in dem bereits bekannten Verhältnis zum Bezuge angeboten werden. Die hiernach verbleibenden Restbeträge stehen für die Zwecke der Börseneinführung sowie für weitere Angliederungen und Finanztransaktionen zur Verfügung.

Der finanzielle Rahmen wurde so groß gefaßt, um für die nächsten Jahre für die ausländischen Interessen der J. G., die in der Entwicklung begriffen sind einen gewissen Spielraum zu haben.

Die Verbindung zwischen der J. G. Chemie-Basel und der J. G. Farbenindustrie AG. ist in der Weise hergestellt worden, daß ein Dividendengarantievertrag mit beiderseitigen Rechten und Pflichten vereinbart wurde. Danach garantiert die J. G. Farbenindustrie der J. G. Chemie-Basel für deren Stammaktionäre eine Dividende in der Höhe desjenigen Dividendensatzes, den die J. G. Farbenindustrie AG. für das gleiche Geschäftsjahr auf ihre Stammaktionäre ohne Abzug der Kapitalertragssteuer in Goldmark verteilt. Solange das Stammaktienkapital der J. G. Chemie-Basel nicht voll einbezahlt ist, gilt die Dividende als in der Weise garantiert, daß von dem der Dividende der J. G. Farbenindustrie für voll einbezahlten Aktien entsprechenden Frankenbetrag 5 v. H. des nicht einbezahlten Betrages, berechnet vom Beginn des Geschäftsjahres ab, rata temporis abgezogen werden.

Sollte die J. G. Farbenindustrie A. G. während der Dauer des Garantievertrages ihren Stammaktionären ein Bezugsrecht einräumen oder ihnen außer der Dividende eine sonstige Vergünstigung zukommen lassen, so ist sie verpflichtet, die Besitzer von Stammaktien der J. G. Chemie Basel in sinngemäßer Weise zu berücksichtigen.

Die 80 Millionen Aktien der J. G. Chemie Basel, eingeteilt in Stücke zu je S. S. R. S. 500.— und dividendenberechtigt ab 1. Januar 1929, werden den Aktionären der J. G. Farbenindustrie A. G. und der mit ihr in Interessengemeinschaft verbundenen Gesellschaften sowie den Inhabern der Teilschuldverschreibungen der J. G. Farbenindustrie A. G. unter den bekannten Bedingungen zum Bezuge angeboten werden."

Deutsch-russisches Schiffahrtsabkommen

Ein Abkommen von Hapag und Nordd. Lloyd mit Rußland unterzeichnet

Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die Sowjet-Telegr.-Ag. ein offizielles Kommuniqué über die am Sonntag erfolgte Unterzeichnung eines sowjetrussisch-deutschen Schiffahrts-Abkommens. Deutschland war durch die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd vertreten. Das Abkommen betrifft vor allem die Beförderung von Passagieren und wird in der nächsten Zeit veröffentlicht werden. In Sowjetkreisen ist man mit dem Abschluß des Abkommens zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Sowjethandelsflotte sehr zufrieden. Das Abkommen werde den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern unzweifelhaft fördern. Von russischer Seite wird mitgeteilt, daß das Schiffahrtsabkommen die Eröffnung deutscher Schiffsvertretungen in der Sowjetunion und russischer Vertretungen in Deutschland umfassen, ferner eine Vereinbarung über den Transport von Personen, besonders Auswanderern auf deutschen Schiffen, sowie die Organisation von Verkehrslinien zwischen deutschen und russischen Häfen herbeiführen wird.

Hierzu meldet unser Berliner Büro, daß es sich bei dem Abkommen zwischen der „Hapag" und der Sowjetregierung um einen reinen Privatvertrag handelt. Der Mangel an Uebereinstimmung der beiden Wirtschaftssysteme macht es in den meisten Fällen notwendig, daß derartige Verträge mit Rußland in Verbindung mit der deutschen Botschaft in Moskau getätigt werden. Dadurch ist offenbar der Eindruck entstanden, als ob in diesem Falle eine Abmachung von Regierung zu Regierung vorliegt. Die Vereinbarung erstreckt sich auf Auswandererfragen. Ihr sind langjährige Verhandlungen vorausgegangen.

?:? Reichwerke AG., Sandbach bei Höchst i. O. — Verlustabschluß. Wie verlautet, schließt das Geschäftsjahr 1927/28 mit einem Verlust von etwa 140 000 ℳ bei 1,20 Mill. RK. und ca. 300 000 ℳ offenen Reserven ab. Umfangreiche Aufträge sagen vor, die Verwaltung hofft, bei Eintritt besserer Witterung auf die erforderliche Umsatzsteigerung die zu Gewinnen führen würde. Die Frage der Kapitalrekonstruktion ist zunächst zurückgestellt worden.

:?: Falsche Gerüchte um die Rhodiaseta Freiburg. Wie der WTB.-Handelsdienst erfährt, sind alle in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte, über die Einstellung des Betriebes der Rhodiaseta (Deutsche Acetat-Kunstseide-Industrie AG.) vollkommen aus der Luft gegriffen. Von einer Einstellung des Betriebes kann umso weniger gesprochen werden, als der eigentliche Fabrikationsbetrieb noch gar nicht aufgenommen worden ist. Man hofft mit den Bauten und der Einrichtung in absehbarer Zeit abschließen zu können. Es soll dann sofort mit der Fabrikation selbst begonnen werden.

Badische Bank, Mannheim

Ausschüttung einer Dividende von 10 v. H.

Die heutige Generalversammlung, in der sämtliche Vorzugsaktien und 6 295 300 ℳ Stammaktien mit 63 658 Stimmen vertreten waren, erledigte unter Vorsitz des Herrn Dr. Benno Weil die Regularien und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 v. H. für die Stamm- und 6 v. H. für die Vorzugsaktien fest. Die ausscheidenden Aufsichtsrat-Mitglieder Dr. B. Weil-Mannheim, Ministerialrat Dr. B. Mühe-Karlsruhe und Bankdirektor A. D. B. Hoffmann-Karlsruhe wurden wiedergewählt.

*** Landesbank für Haus- und Grundbesitz eGmbH. Karlsruhe. — Vorjahrsdividende 10 v. H.** Wie wir erfahren, hat der Aufsichtsrat der Landesbank für Haus- und Grundbesitz eGmbH. in Karlsruhe (mit Zweigstellen in Mannheim, Pforzheim, Freiburg und Sindelfingen) beschlossen, auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 eine Dividende von 10 v. H. wie in den letzten 3 Jahren, in Vorschlag zu bringen. Das Geschäftsergebnis soll ein außerordentlich günstiges sein. Sowohl der Umsatz, wie auch der zahlenmäßige Gewinn haben sich außerordentlich gehoben. Die Generalversammlung wird im Monat April stattfinden.

*** Freiburger Gewerbebank eGmbH., Freiburg i. Breisgau. — Vorjahrsdividende 7 v. H.** Die Freiburger Gewerbebank eGmbH., veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr 1928. Darnach haben sich die gesamten Betriebsmittel von 4,8 Mill. Mark auf 7 Mill. ℳ gesteigert. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 4,8 auf 7,1 Mill. ℳ. Der Reingewinn beträgt nach vorsichtiger Bewertung aller Aktiven 110 927 ℳ (i. V. 71 055 ℳ). Der am 25. d. Mts. stattfindenden Generalversammlung wird die Ausschüttung einer Dividende von wiederum 7 p. H. vorgeschlagen. Die Zahl der Genossenschafter betrug Ende 1928 3138 (i. V. 2666). Nach der Gewinn- und Verlustrechnung stiegen Gewinne aus Zinsen, Provisionen, Effekten, Devisen und Hausmiete von 299 422 auf 396 737 ℳ, Unkosten dagegen von 176 484 auf 198 974 ℳ, Steuern von 12 909 auf 30 234 ℳ.

:?: Gebr. Goedhart AG., Düsseldorf. — Baldiges Bezugsangebot. Die im Januar neugründete holländische Tochtergesellschaft, die N. V. Gebroeder Goedhart Aanmeningsbedrijf Amsterdam hat die in Holland notwendige Genehmigung ihrer Satzungen erhalten. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß in kurzer Zeit an die deutschen Aktionäre das bekannte Bezugsangebot (für 1000 ℳ Goedhart-Aktien eine holländische Aktie über 600 hfl. zu pari) auf die holländischen Aktien ergehen wird.

*** Neuer Vergleichsvorschlag der Allgemeinen Spar- und Kreditbank e. G. m. b. H., Frankfurt a. M.** Wie wir erfahren, hat die Verwaltung der Allgemeinen Spar- und Kreditbank e. G. m. b. H., Frankfurt a. M., nach den gestern stattgefundenen Verhandlungen beschlossen, einen neuen Vergleichsvorschlag einzureichen, über den das Gericht entscheiden wird. Nach diesem neuen Vergleichsvorschlag ist ein einjähriges Moratorium vorgesehen und eine 100prozentige Auszahlung der Gläubiger beabsichtigt.

?:? Süddeutsche Bodenkreditbank, München. Das Institut beantragt aus einem Reingewinn von 1,14 Mill. ℳ eine Dividende von 10 v. H. (i. V. wurden aus 1,2 Mill. ℳ 9 v. H. bezahlt, davon eine halbe Dividende auf 4,6 Mill. neue Aktien. (GB. 20. März).

*** Eine Erweiterung im Brown-Boveri-Konzern.** Die Aktiengesellschaft unter der Firma Aloith Elektrizitätsgesellschaft A.-G. in Basel hat in ihrer Generalversammlung neue Statuten angenommen. Die Firma lautet nun Holding Brown, Boveri u. Cie. Aktiengesellschaft. Sie hat zum Zwecke: Beteiligungen und Darlehen an Unternehmungen aus dem Gebiete der Elektrotechnik und der angewandten Elektrizität. Das Aktienkapital wird auf 12 Mill. RK verdoppelt.

Enttäuschung der Börsen über IG. Farben

Mannheim unsicher

Die Haltung am Aktienmarkt war heute bei unverändert stillem Geschäft unsicher und schwankend. Aus der GV. der Farbenindustrie wurden Neuigkeiten von Belang nicht bekannt, was etwas enttäuschend wirkte. Der Geldmarkt liegt weiter fest, was ebenfalls die Zurückhaltung verschärfte. Am Industriemarkt lagen Farben, Daimler und Waldhof etwas schwächer, etwas fester dagegen NSU. und Mez u. Söhne. Von Versicherungsaktien waren Mannheimer Versicherung auf bisheriger Basis offeriert. Bank- und Brauereiwerte unverändert.

Frankfurt zurückhaltend

In Erwartung günstiger Mitteilungen der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der J. G. Farbenindustrie machte sich zu Beginn der heutigen Börse eine allgemein freundlichere Stimmung geltend. J. G. Farbenaktien waren schon im vorbörslichen Verkehr lebhafter gehandelt und beträchtlich gesteigert. Als jedoch die Ausführungen bekannt wurden, trat insofern eine Enttäuschung ein, als Mitteilungen über eine Dividendenausschüttung vollkommen fehlten. In Börsenkreisen wurde vielfach die Hoffnung gehegt, daß heute Klarheit und Entscheidung über höhere Dividendenkombinationen eintreffen würden. Auch nach Festsetzung des amtlichen Kurses unterlag die Farbenaktie daher größeren Schwankungen. Der Grundton der Börse blieb jedoch verhältnismäßig freundlich, doch war im Zusammenhang mit der Farbenangelegenheit eine gewisse Zurückhaltung nicht zu verkennen. Auch der schwache Verlauf der gestrigen Newyorker Börse und die Rede des Ministers Dr. Schreiber über die unbefriedigende Wirtschaftslage Deutschlands drückten auf die Stimmung und hatten nur kleinstes Geschäft zur Folge. Die Kursgestaltung war daher uneinheitlich. Bei Spezialwerten überwogen jedoch die Besserungen, die aber kaum über 1 v. H. gegenüber der gestrigen Abendbörsen hinausgingen. Das Fehlen jeglicher Ordres ließ keine Geschäftsbelebung aufkommen. Die Tendenz zeigte eine gewisse Unsicherheit. Der Satz für Tagesgeld erfuhr mit 4,5 v. H. eine weitere Entspannung.

Berlin schwankend

Entgegen den Erwartungen des Vormittagsverkehrs, an dem Hoffnungen auf günstige Auslassungen in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der J. G. Farben eine recht freundliche Stimmung hervorgerufen hatten, eröffnete die heutige Börse nicht einheitlich. Die ersten Notierungen waren nicht so fest wie nach vorbörslich taxiert, im allgemeinen waren gegen den gestrigen Schluß keine größeren Veränderungen mehr festzustellen. Es lagen für heute im übrigen eine ganze Anzahl ungünstiger Momente vor, die Millionen-Insolvenz in der Textil-Industrie, die Stockungen in den Pariser Verhandlungen, die bisher ergebnislosen Versuche einer Einigung zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, die Plazierung der 125 Millionen Reichswechsel, die Ernstrede Dr. Schreibers, die Absicht eine Inflations-Steuer einzuführen, das im Verlauf schwächere Newyork usw. Nur auf die große Geschäftsöffigkeit war es zurückzuführen, daß trotzdem keine größeren Verluste eintraten. In dem Farben-Communiqué ist entgegen den Erwartungen der Börse über die Dividendenaussichten des letzten Jahres nichts enthalten, der Farbenkurs hielt sich aber doch gut auf Anfangsniveau.

Der Kassamarkt lag bei kleinem Geschäft auch heute vorwiegend schwächer. Cupenenz sogen um 1¼, Fühel um 8 v. H., Hummendorfer Papier um 4, Busch Lüdenscheid um 3, Greppiner Werke und Lindström um je 5 v. H. an. Dagegen waren Benzig gestrichen, Brief notiert und Rungewerke mit 15 v. H. nach einer letzten Notiz Ende vorigen Jahres von 66,75 bei 4proz. Brief-Repartierung. Bis zum Schluß hielt die Abgabeneigung der Spekulation an, zumal die Sonderbewegung einiger Papiere nach unten (MAG.), Bayerische Motoren, Stolberger Zink, Laurahütte, Poldihuen, Glanzstoff usw. verstimmte. Burbach 211, Kali-Industrie 227,5, Ilse 100 B.

Devisen gegen Reichsmark sind leicht anziehend, der Dollar notiert 4.2115. Die europäischen Valuten liegen ziemlich stabil, Holland 40,05, Schweiz 81,26,25, London 4.8528, Newyorker Ultance. Spanien unter Schwankungen schwächer, 31,65 nach 31,55, ebenso die Belga, 34,99 nach 34,95 gegen London.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Aktien und Ausländsanleihen in Prozenten, bei Schlußnotierungen in Mark je Stück

Mannheimer Effektenbörse vom 20. Februar

	19.	20.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Frankfurter Börse vom 20. Februar

	19.	20.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Berliner Börse vom 20. Februar

	19.	20.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Freiverkehrs-Kurse.

	19.	20.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

MARCHIVUM

Gesetz und Recht

Winke zum Verständnis der Steuer-Erklärungen

Von Obersteuerinspektor Weis-Mannheim

Der Inhalt der Umsatz- und Einkommensteuererklärungen, die in der Zeit vom 11. bis Ende dieses Monats abzugeben sind, wird vielen nicht ohne weiteres verständlich sein. Es sei daher kurz auf die Bedeutung der Steuererklärungen selbst und der verschiedenen Angaben hingewiesen.

Im allgemeinen muß wegen des großen Umfangs der Steuererklärungen bedacht werden, daß sie für die verschiedenartigsten Verhältnisse vorgesehen sind und deshalb alle Angaben enthalten müssen, die zu einer richtigen Veranlagung jeder Art von Steuerpflichtigen erforderlich sind. Den verschiedenartigen Verhältnissen ist bei der Umsatzsteuererklärung durch 3 verschiedene Vordrucke Rechnung getragen, die aber für alle Arten von Steuerpflichtigen (Gesellschaften sowohl wie Einzelunternehmer) gelten. Es gibt einen größeren (4seitigen) Vordruck mit ausführlicheren Angaben über umsatzsteuerfreie Umsätze (Ein- und Ausfuhr, Zwischenhandelsgeschäfte usw.) — Muster XVI 1 —, einen abgekürzten Vordruck für einfache Verhältnisse — Muster XVI 2 — und einen besonderen Vordruck für selbständige Berufstätige (Aerzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Schriftsteller, Künstler usw.) — Muster XVI 3 —. Für die Angaben des Einkommens der natürlichen Personen (Einzelpersonen) ist ein einheitlicher Vordruck in gekürzter Fassung vorgesehen: die Einkommensteuererklärung Muster III 7a. Die Personen-Gesellschaften (o. H. usw.) haben das Gesellschaftseinkommen (den Gesamtgewinn) in einer besonderen Einkommenserklärung — (Muster III 11) — anzugeben, die als Grundlage für die Verteilung und Veranlagung des Gewinns der Firma oder Gemeinschaft auf die Beteiligten dient. Für die Kapitalgesellschaften (A.G., G.m.b.H. usw.) und sonstigen Körperschaften ist ebenfalls ein besonderer Vordruck bestimmt: die Körperschaftssteuererklärung — Muster XV 1, 2 und 3.

Die genaue Beachtung der den Steuererklärungen aufgedruckten Vorbemerkungen und die vollständige Ausfüllung liegt im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen. Soweit in den Steuererklärungen für irgend welche besonderen Verhältnisse keine Angaben vorgesehen sind, empfiehlt sich die Ergänzung auf einem besonderen Blatt (z. B. Errechnung des Einkommen nach der Bilanz, Entzifferung der Werbungskosten und dergl.).

Zu dem Inhalt der Steuererklärungen im einzelnen sei bemerkt:

1. Unter Steuerabschnitt ist der Zeitraum zu verstehen, für den die Veranlagung erfolgt, d. i. in der Regel das Kalenderjahr. Eine vom Kalenderjahr abweichende Veranlagung kommt nur für buchführende Gewerbetreibende, die nicht mit dem Kalenderjahr abschließen, und für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Frage (§ 10 des E.St.G.).

2. Als Umsatz in steuerrechtlichem Sinn gilt nach §§ 8 und 9 U.St.G. die Roheinnahme (das vereinnahmte oder — bei der Versteuerung nach Lieferungen oder Leistungen — das vereinbarte Entgelt) aus selbständiger gewerblicher oder beruflicher Tätigkeit zuzüglich des Werts der dem Betrieb zum privaten Verbrauch entnommenen Gegenstände (des sog. Eigenverbrauchs). Von den Einnahmen dürfen keinerlei Ausgaben für Waren, Löhne, sonstige Unkosten, Entnahmen für das Geschäft oder den Haushalt abgezogen werden. Soweit für Auslands- oder Zwischenhandelsumsätze gesondert in Rechnung gestellte Beförderungskosten usw. Steuerbefreiungen auf Grund der §§ 2, 3, 7, 8 und 16 Abs. 2 des U.St.G. beansprucht wird, müssen die in Betracht kommenden Beträge unter Ziffer VIII der Umsatzsteuererklärung Muster XVI 1 oder auf einem besonderen Blatt nach Art und Betrag näher bezeichnet und abgesetzt werden. Im Laufe des Steuerabschnitts vereinnahmte, aber wieder zurückgezahlte Entgelte, z. B. Rabatte, Preisnachlässe u. dergl. oder rückgängig gemachte Leistungen sind dagegen nicht zum Umsatz zu rechnen (s. Bemerkung Ziffer 7 der Umsatzsteuererklärungen Muster XVI 1 und 2 und §§ 16 Abs. 1 und 9 Abs. 1 U.St.G.). Die Abzüge sind aber in den Geschäftsbüchern zu verzeichnen.

Provisionsvertreter (Handlungsagenten) sind nur mit der Provisionseinnahme (aber auch ohne Abzug der Unkosten) umsatzsteuerpflichtig; sie sind frei, wenn sie Bücher führen und der Gesamtumsatz im Jahre nicht über 6000 RM. beträgt.

Der Kommissionär dagegen ist wie der Eigenhändler mit dem vollen Entgelt für die in eigenem Namen aber auf fremde Rechnung verkauften Waren (nicht nur mit dem Rohverdienst) umsatzsteuerpflichtig.

3. In der Einkommensteuererklärung ist auf Seite 2 für jede Einkommensart (Ziffer 1 bis 8) das steuerbare Einkommen, d. i. im allgemeinen der von den Roheinnahmen (einschl. Eigenverbrauch, Mietwert eigener Wohnung u. dergl.) nach Abzug der sog. Werbungskosten verbleibende Reinverdienst oder der auf Grund einer Bilanz oder sonstigen Vermögensaufstellung festgestellte Gewinn einschließlich des Einkommens der zur Haushaltung zählenden Ehefrau und minderjährigen Kinder anzugeben. Die Ehefrau ist nur dann selbständig (auf ihren Namen) zu veranlagen, wenn sie dauernd getrennt vom Ehemann lebt oder Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit oder selbständiger Berufstätigkeit der in §§ 35 und 36 E.St.G. bezeichneten Art in einem dem Ehemann fremden Betriebe bezieht. (§ 22 des E.St.G.).

Die unterschiedliche Bezeichnung des Einkommens nach Ziffer 1 bis 3 der Steuererklärung als Gewinn und nach Ziffer 4 bis 8 als Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben hat nur Bedeutung für die unterschiedliche Art der Ermittlung des Einkommens. Der Unterschied besteht darin, daß bei den Einkommensarten Ziffer 4 bis 8 nach § 7 Abs. 2 Nr. 2. des E.St.G. lediglich der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben auf Grund der §§ 14 bis 17 des E.St.G. festgestellt wird, während bei den Einkommensarten Ziffer 1 bis 3 (Einkommen aus Landwirtschaft usw., Gewerbebetrieb und sonstiger selbständiger Berufstätigkeit) nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 E.St.G. entweder, wie bei Betrieben mit kaufmännischer Buchführung, lediglich der aus dem Vergleich des Betriebsvermögens am Schluß und Anfang des Steuerabschnitts sich ergebende Gewinn nach den Vorschriften des § 13 E.St.G. ermittelt wird oder (bei sonstigen Betrieben) auf Grund des § 12 E.St.G. dem nach §§ 14 bis 17 E.St.G. ermittelten Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben der beim Vermögensvergleich sich ergebende Mehrwert des Geschäftsvermögens zugerechnet oder der Minderwert davon abgezogen wird. Wenn das Betriebsvermögen wesentlichen Schwankungen nicht unterliegt, wie z. B. bei Kleingewerbetreibenden, freien Berufen, so kann von dem Vermögensvergleich abgesehen, der Gewinn also auch lediglich nach dem Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben festgestellt werden. Ob der hiernach errechnete Betrag dem tatsächlichen steuerbaren Einkommen entspricht, läßt sich leicht durch Vergleich mit dem Privatverbrauch (der Entnahme für den Lebensunterhalt usw.) zuzüglich etwaiger Vermehrung des Gesamtvermögens oder abzüglich der Verminderung kontrollieren z. B.

Einkommen (Gewinn):	6000.— RM.
Verbrauch (einschl. Entnahmen zur Anschaffung von Hausrat usw.):	5000.— RM.
Vermögenszuwachs:	1000.— RM.
ergibt wieder den Verdienst von	6000.— RM.

Als Ausgaben, die bei Ermittlung des Einkommens von den Roheinnahmen abzuziehen sind, kommen nach § 15 E.St.G. in Betracht:

1. die in § 16 E.St.G. näher bezeichneten Werbungskosten,
2. die in § 17 E.St.G. näher bezeichneten Sonderleistungen,
3. die Schuldzinsen und gewisse Renten und dauernde Lasten.

Der Begriff „Werbungskosten" ist vielen nicht geläufig. Man versteht darunter nach dem Einkommensteuergesetz „die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen", im allgemeinen also bei dem Einkommen Ziffer 1 bis 3 der Steuererklärung (insbesondere aus Gewerbebetrieb) die Geschäftsunkosten jeder Art (Ausgaben für den Betrieb), einschließlich der Ausgaben für Waren, der Abnützung der Betriebseinrichtung usw. Bei den sonstigen Einkommensarten (Ziffer 4 bis 8 der Steuererklärung) kommen höhere Werbungskosten gewöhnlich nur beim Einkommen aus Grund- und Hausbesitz (Ziffer 6) in Frage. Sie bestehen bei diesem hauptsächlich im laufenden Unterhaltungsaufwand, in den Steuern und Schuldzinsen (s. besondere Entzifferung auf Seite 4 der Steuererklärung).

Die Werbungskosten und Schuldzinsen sind stets bei der Einkommensart abzuziehen, mit der sie in wirtschaftlichem Zusammenhange stehen. (§ 15 Abs. 2 E.St.G.) Nur soweit Schuldzinsen oder abzugsfähige Renten nicht mit einer bestimmten Einkommensart zusammenhängen, sind sie unter näherer Erläuterung auf Seite 3 der Steuererklärung unter Ziffer 1 einzutragen.

Aufwendungen für den Lebensunterhalt und alle übrigen Aufwendungen, die nicht zu den oben aufgeführten 3 Arten von Ausgaben zu rechnen sind, sowie die Einkommensteuer und sonstige Personalsteuern, dürfen nach § 18 E.St.G. nicht abgezogen werden, mit Ausnahme der sog. Sonderleistungen, d. s. Ausgaben, die nicht unter den Begriff Werbungskosten fallen, aber aus sozialen Gründen nach § 17 E.St.G. zum Abzug zugelassen werden. Es sind dies die auf Seite 3 Ziffer II Buchstabe a bis g der Steuererklärung aufgeführten Krankenversicherungsbeiträge, Lebensversicherungsprämien usw. Die Abzugsfähigkeit der unter Ziffer II, Buchst. a bis d verzeichneten Sonderleistungen ist aber, wie in der Fußnote vermerkt ist, auf einen Höchstbetrag von 600 RM. beschränkt. Dieser Betrag erhöht sich für die zur Haushaltung zählende Ehefrau und jedes zur Haushaltung zählende u. nicht selbständig zu veranlagende minderj. Kind um je 250 RM. und bei Steuerpflichtigen, die über 50 Jahre alt sind, nach § 112 E.St.G. unter gewissen Voraussetzungen bis auf 1440 RM. Die Sonderleistungen werden bei jedem Steuerpflichtigen gemäß § 51 E.St.G. mit einem Mindestbetrag von 240 RM. von amtswegen abgezogen. Wenn sie diesen Betrag nicht übersteigen, ist eine Einzelangabe darüber nicht nötig. Wer aber einen höheren Abzug beansprucht, hat die tatsächlichen Beträge jeder Art einzeln anzugeben und erforderlichenfalls zu erläutern.

Der steuerfreie Einkommensteil und die Familienermäßigungen werden ebenfalls mit den in §§ 52 und 53 Einkommensteuergesetz vorgesehenen Beträgen von amtswegen am Einkommen abgesetzt. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag wird vom Finanzamt auf die nach dem steuerpflichtigen Gesamteinkommen berechnete Steuerschuld angerechnet.

Soweit Aufwendungen irgendwelcher Art gemäß § 18 E.St.G. (s. oben) nicht am Einkommen abgezogen werden können, ist ihre Berücksichtigung nur durch Ermäßigung der Steuerschuld auf Grund des § 56 E.St.G. möglich, aber nur wenn eine außergewöhnliche Belastung vorliegt, durch die die Steuerleistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigt wird. Ob und inwieweit dies der Fall ist, entscheidet das Finanzamt. Wer eine derartige Ermäßigung beansprucht, kann unter Angabe der Art, Zeit und Höhe der besonderen Aufwendungen unter Abschnitt C (auf Seite 4) der Steuererklärung oder in einer Anlage dazu entsprechenden Antrag stellen.

Zum Schluß sei noch auf die Verpflichtung zur Ausfüllung des Fragebogens wegen des Gewerbeertrags hingewiesen, aus dessen Inhalt der Zweck der Anfrage selbst ersichtlich ist.

Die „Reform" des Rechtes des unehelichen Kindes

Der Gesetzentwurf über die künftige Rechtsstellung des unehelichen Kindes, wie er dem Reichstag vorgelegt worden ist, stellt eine völlige Abkehr von bisherigen grundlegenden Rechtsauffassungen dar.

Bisher galt der Grundsatz, daß der Kläger seinen Anspruch beweisen muß; konnte er das nicht, so wurde er mit Recht abgewiesen.

Der Entwurf billigt dem unehelichen Kinde zu, daß eine Wahrscheinlichkeit genügt — unter Umständen eine recht vage Wahrscheinlichkeit — um außerordentlich weittragende Rechtsfolgen auf sich nehmen zu müssen. Die bloße Vermutung, wenn mehrere als Vater in Betracht kommen, soll nach dem Entwurf genügen, um verurteilt zu werden. Es wird also eine Verurteilung auf eine Vermutung gestützt. Geradezu groteskt wirkt es, daß wenn mehrere „Väter" in Frage kommen — tatsächlich kann es nur ein einziger sein, — der Richter gezwungen werden soll, sich den Zahlungsfähigsten herauszusuchen. Dieser hat dann den Rückgriff gegen die Andern, man kann sagen, er erntet zum Schaden auch noch den Spott. Das wird zwar dankbare Schwankmotive liefern, hat aber mit ernsthaft zu nehmender Rechtspflege nicht mehr allzu viel zu tun.

Und was ist der Zweck dieses Einbruchs in herrschende Grundsätze fundamentalster Bedeutung? Man will die Wohlfahrtsämter entlasten. Was diese bisher an Alimentationen leisten mußten, soll versucht werden, auf die Schultern des Zahlungsfähigen — wenn es deren überhaupt noch viele geben wird — abgewälzt zu werden. Das geschieht dann unter absolutem Bruch von Rechtsgarantien mit einer solchen Wirkung, daß man schon von einer Rechtsblasphemie reden kann.

Wenn eine uneheliche Mutter das Unglück hat, die Unterhaltsbeträge nicht beitreiben zu können, so muß die Wohlfahrtspflege eingreifen. Kein Verständiger wird dabei etwas finden können, jeder wird Mutter und Kind unterstützen. Dafür ist die Wohlfahrtspflege da; Bevölkerungspolitik treiben, das heißt, die Tätigkeit der Wohlfahrtsämter als etwas absolut Notwendiges deklarieren.

Diese Lasten abzuwälzen auf einen „Vater", der kein Vater ist, und der deswegen dazu kraft Richterspruchs gestempelt wird, weil er von „Verdächtigen" der Zahlungsfähigste ist, das heißt, die Rechtspflege zu einer Fastnachtskomödie degradieren.

Ich weiß nicht, ob der Gewinn, den die Wohlfahrtsämter zu machen hoffen, der übrigens beträchtlich kleiner sein wird, als wie ihre jetzigen Hoffnungen sich erstrecken, dadurch erkauft werden darf. Rechtsanwalt Dr. Otto Simon-Mannheim.

* **„Mitglied der Handelskammer".** Schon des öfteren ist es vorgekommen, daß sich zur Handelskammer beitragspflichtige und wahlberechtigte Gewerbetreibende in ihren Briefen als „Mitglied der Handelskammer" bezeichnet haben. Diese Titelführung steht jedoch lediglich den Herren zu, die bei den Wahlen zur Handelskammer als Vertreter der Kaufmannschaft die Mehrheit der Stimmen erlangt haben. Wer sich des bezeichneten Titels bedient, ohne gewähltes Mitglied der Handelskammer zu sein, kann sich erheblichen Unannehmlichkeiten aussetzen, da nach Ansicht der Gerichte darin die unbefugte Beilegung einer Würde zu erblicken ist. H. LL.

Aus dem Auto-Recht

Das Gebot des Rechtsfahrens darf auch aus Bequemlichkeit nicht durchbrochen werden

Nach § 21 des Kraftfahrzeuggesetzes ist der Automobilist verpflichtet, stets rechts zu fahren; Ausnahmen sind nur zugelassen beim Ueberholen, beim Anfahren an links liegende Grundstücke und beim Vorliegen besonderer Umstände. Zu diesem letzteren Begriff gehört nach einer neuen Reichsgerichtsentscheidung (3 D 1101/28 vom 4. 2. 29) auch die Beschaffenheit der Straße. Dem Strafprozeß lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 2. Juli 1928 fuhr der Kraftwagenführer Frankenberg, der am Tage zuvor den Führerschein erhalten hatte, mit einem Lieferwagen in Osnabrück über den Fiedderplatz in Richtung Frankenstraße. Er beabsichtigte auf der dortigen Verkehrsinsel einen Mitfahrer abzusetzen. Statt jedoch vorschriftsmäßig an der rechten Seite der Verkehrsinsel zu halten, stoppte er, um einen großen Bogen zu vermeiden an der linken Seite ab und überfuhr beim Anfahren einen Passanten tödlich. Das Schöffengericht Osnabrück sprach jedoch F. von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung frei und verurteilte ihn lediglich wegen Uebertretung der Kraftfahrzeugverordnung zu 30 RM. Geldstrafe. Die hiergegen beim Reichsgericht eingelegte Sprungrevision des Angeklagten hatte keinen Erfolg. Zwar habe die unzweckmäßige Anlage der Verkehrsinsel die Autoführer geradezu herausgefordert, falsch zu fahren. Dies schließe jedoch bei Unglücksfällen, die durch jenes unvorschriftsmäßige Fahren herbeigeführt würden, ein Verschulden nicht aus. Die Beschaffenheit einer Fahrbahn könne zwar, nämlich, wenn sie so gebaut ist, daß das Rechtsfahren für den Chauffeur eine Gefahr bedeutet, einen „besonderen Umstand" im Sinne des § 21 KFG. darstellen, der den Führer berechtige, von der unbedingten Regel des Rechtsfahrens abzuweichen. Das könne im vorliegenden Falle aber nicht angenommen werden, denn es sei festgestellt, daß der Angeklagte lediglich aus Bequemlichkeitsgründen den Rechtsbogen nicht ausgefahren hat. Allerdings gehöre zum objektiven Verstoß gegen § 21 KFG. ein Verschulden des betr. Führers. In dieser Hinsicht habe der Vorderrichter einwandfrei festgestellt, es sei dem Angeklagten bekannt gewesen, daß er stets rechts fahren müsse.

* **Arglistiges Verschweigen für Mängel im Rechte macht schadenersatzpflichtig.** Wenn sich der Verkäufer bei Kaufverhandlungen dem Käufer gegenüber den Anschein gibt, als ob er das Bestehen einer Dienstbarkeit für zweifelhaft halte, während er bestimmte Kenntnis von ihrem Bestehen hat, so verschweigt er dem Käufer einen wesentlichen, das Bestehen der Dienstbarkeit betreffenden Umstand. Ein solches auf Täuschung berechnetes und hierzu geeignetes Verhalten des Verkäufers muß nach der Verkehrssitte und nach den Grundsätzen von Treu und Glauben als gleichbedeutend mit arglistigem Verschweigen des Mangels im Rechte angesehen werden und hat zur Folge, daß sich der Verkäufer auf eine vertragliche Ausschließung der Haftung für Mangel im Rechte nicht berufen darf. (Siehe § 443 des B.G.B.; Reichsgerichts-Entscheidungen, Band 75, Seite 437. H. LL.

Verantwortlich: Chefredakteur Kurt Fischer.

MARCHIVUM

Aus dem Lande

Zweite süddeutsche Gastwirtsmesse in Karlsruhe

* **Karlsruhe**, 20. Febr. Die Vorbereitungen zur zweiten süddeutschen Gastwirtsmesse in Karlsruhe sind in vollem Gange. Sie findet vom 27. April bis 7. Mai statt. Namhafte Firmen, besonders von Karlsruhe und Baden-Baden, haben sich für die Abteilung Kochkunst angemeldet. Unter sämtlichen Zweigen des Hotel- und Gastwirtsbedarfs sind Weltfirmen mit den neuesten Mustergasküchen vertreten.

600 Legehennen verbrannt

* **St. Georgen** i. Schwarzw., 19. Febr. Auf der hiesigen Mustergeflügel- und Eierfarm brach ein Brand aus, dem eine Legehalle mit 600 Legehennen zum Opfer fiel. Infolge der starken Rauchentwicklung und der großen Kälte konnte nichts gerettet werden.

*

⊡ **Weinheim**, 19. Febr. Die ersten Stare sind heute als Verkünder des nahen Frühlings hier angekommen. — Der 75jährige Greis, der bei einem Zimmerbrande in dem Hause Untergasse 40 durch Rauchvergiftung sein Leben einbüßte, war nicht der Hauswirt Jakob Müller, sondern der Wohnungsinhaber Georg Peter Müller, von Beruf Schneidermeister. — In einer unter Vorsitz von Bürgermeister Dr. Meiser im alten Rathaussaale abgehaltenen, stark besuchten Versammlung von Tierfreunden wurde auf Grund eines Vortrages des Hauptlehrers Linder-Mannheim, des zweiten Vorsitzenden des Verbandes Badischer Tierschutzvereine, der Tierschutzverein Weinheim ins Leben gerufen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Gottfried Sommer gewählt. Der stellvertretende Vorsitz wurde an Frau Dr. Höhfeld übertragen.

* **Schriesheim** a. d. B., 19. Febr. Am vergangenen Sonntag ereignete sich in Schriesheim beim Schlittenfahren ein Unfall. Die Tochter des Taglöhners F. H. von hier wollte die Rodelbahn (Kleiner Mönch) hinaufgehen. Währenddies kam ein junger Mann von hier mit dem Schlitten die Bahn herabgefahren und rannte das Mädchen um. Der Arzt, der die Ueberführung des Mädchens ins Allg. Krankenhaus Heidelberg veranlaßte, stellte einen Schädelbruch und ferner einen Bluterguß im Fuß fest. — Die Anmeldung der schulpflichtig werdenden Kinder ist erfolgt. Im ganzen wurden 105 Kinder angemeldet. Für Schriesheim mit etwa 4000 Einwohnern ist dies eine große Zahl.

* **Heidelberg**, 17. Febr. Die Arbeitslosenziffer hat gegen die Vorwoche um 568 Personen zugenommen. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage scheint ihren Höhepunkt noch nicht ganz erreicht zu haben. Im Tabakgewerbe sind noch einige Stillegungen in Aussicht genommen. Durch das Stocken der Rheinschiffahrt werden sich auch noch fast 200 Rheinschiffer erwerbslos melden.

* **Kippenheim** (Amt Lahr), 17. Febr. Der Kraftwagen des hiesigen Kaufmanns Durlacher wurde gestern nachmittag unweit Nietersheim von einem französischen Kraftwagen angefahren und in den Straßengraben geschleudert. Der Fahrer des Wagens wurde bewußtlos aufgefunden. Der Wagen selber wurde schwer beschädigt.

* **Wolterdingen**, 19. Febr. Ein gefährliches Spiel trieben hier mehrere Knaben, die bei einer alleinstehenden Heuscheuer ein Feuer anzündeten, um sich zu wärmen. Als sie sich entfernt hatten, drang das Feuer in das Innere der Scheune ein, wo ein Leiterwagen halb verbrannte. Zum Glück griff das Feuer nicht weiter um sich, sonst wären große Futter- [illegible]äle vernichtet worden.

Sportliche Rundschau

Hinter den Kulissen des Pferdesports

I.

Stallenteilung und Training

Das, was in Paris und in London jedes Kind, in Norddeutschland und im Rheinland jeder Rennbahnbesucher vom Turf weiß, dürfte gewiß die von Jahr zu Jahr zahlreicher werdenden Besucher der süddeutschen Bahnen, besonders aber auch die Freunde des schönen Mannheimer Rennplatzes interessieren, umso mehr, als jetzt bald in jeder Ortschaft der umliegenden Gegenden ein landwirtschaftlicher Reiterverein gegründet wird. Wohl jeder weiß, wie ein Fabrik- oder Bürobetrieb eingeteilt ist. Wie ist es nun im Rennsport? Da sind zunächst die Besitzer, denen die Pferde gehören. Die Besitzer haben sämtliche Unkosten und Lasten zu tragen, wie Trainingsgeld, Nennungsgelder, Einsätze und Reitgelder. Dafür erhalten die Besitzer die von den Rennvereinen ausgesetzten Preise, sobald ein ihnen gehörendes Pferd erster, zweiter, dritter oder vierter Sieger wird. Der Besitzer oder mehrere Besitzer geben ihre Pferde in Training (in Arbeit) zu einem Trainer. Dieser ist der richtige Leiter des Stalles. Der Trainer, meistens von der Pike auf gelernt, war früher Futtermeister, Jockey oder Herrenreiter. Er ordnet an, welche Strecken (Distanzen) die ihm anvertrauten Pferde beim Training arbeiten, welcher Art diese Arbeit sein soll, Schritt, Trab oder Galopp, wieviel und was für Futter die einzelnen Pferde erhalten. Er muß die passenden Rennen und Reiter für die Pferde aussuchen — dem Besitzer vorschlagen —, er muß ein halber Tierarzt sein, sich hauptsächlich auf die Behandlung von Beinen verstehen: er hat das Pferd für die Rennen so fertig zu machen, daß es möglichst viel gewinnt. Kurzum: der Trainer ist eine wichtige Person.

Dem Trainer zur Seite steht der Futtermeister. Dieser muß ebenfalls in Pferdepflege und -Behandlung sehr erfahren sein, ist er doch der Stellvertreter des Trainers, wenn sich dieser „auf Reisen" (zu auswärtigen Rennen) befindet. Der Futtermeister hat den ganzen Stallbetrieb, besonders die richtige Fütterung, zu überwachen; er ist fast stets „zu Hause" (beim heimatlichen Stall). Er ist der Erste im Stall, geht von Box zu Box, (der Raum, in dem sich je ein Pferd befindet; die Pferde sind nachts und tagsüber los, sie können sich frei in ihrer Box bewegen). Alle Wahrnehmungen hat er sofort dem Trainer zu berichten. Er sorgt ferner für Ordnung und Disziplin im Stalle, er beäugtigt das Zeug und die Pferde.

Nächst dem Futtermeister stehen (in größeren Ställen) der erste und der zweite Reisefuttermeister. Diese sind ebenfalls tüchtige, erprobte Leute; sie haben die Aufsicht, wenn Pferde zu auswärtigen Rennen gebracht werden. Dann kommen die Stallente und Reitburschen. Das sind ausgelernte Leute, die entweder zu schwer für den Jockeyberuf geworden, oder aber nicht die Gelegenheit zum Reiten von Rennen bekommen hatten.

Nun sind aber noch die Lehrlinge vorhanden. Diese müssen 3 Jahre lernen und erhalten Gelegenheit zum Rennreiten, sofern sie das erforderliche Gewicht bringen können, Kraft und Mut besitzen. Allerdings gibt es auch tüchtige Jungen, die nur nicht das Glück und die Chance zum Rennreiten erhalten haben.

Das ganze Personal wird früh morgens eingeteilt, dann geht es nach der Erledigung der Stallarbeit hinaus auf die Trainierbahn zur Morgenarbeit. Dort sind Besitzer, Trainer und Jockeys, soweit diese nicht gleich vom Stall aus mit ausreiten, anwesend und die Arbeit der einzelnen Pferde beginnt nach Anweisung des Trainers. Zu zweien oder zu dreien, geritten von den Jockeys, die sie im Rennen reiten, beobachtet vom Besitzer, vom Trainer und den Pressevertretern, kommen die Pferde angalopiert, wie der Trainer es verlangt. Nach dem Galopp werden die Pferde dann von Lehrlingen oder Stallleuten „trocken" geführt; später kehrt das „Los" zum Stall zurück. Im Stall werden die Pferde sofort gefüttert. Abends wird wieder angebunden, Stroh gewechselt, etwas gewußt und jedes Pferd (nur im Sommer) ungefähr eine halbe Stunde spazieren geführt. Hierauf tritt Ruhe ein. — Wohl ist dieses alles für Lehrlinge und Stallpersonal keine allzu schwere Arbeit, jedoch muß genau und fleißig gearbeitet werden.

Schach

Verbandsspiele der Arbeitsgemeinschaft Mannheim-Ludwigshafener Schachvereine

In der 2. Runde gewannen der Mannheimer Schachklub gegen Worms 7:1, Ludwigshafener Schachklub gegen Frankenthaler Schachklub 7:1, Schachklub „Turm", Ludwigshafen-Mundenheim gegen den Feudenheimer Schachklub 5:3.

Wertungstabelle

	Spiele	Siege	Punkte
Mannheimer Schachklub	2	2	14
Ludwigshafener Schachklub	2	2	12½
Schachk. „Turm" Ludwigshf.-Mundenheim	2	2	10½
Feudenheimer Schachklub	2	0	4
Frankenthaler Schachklub	2	0	3½
Wormser Schachklub	2	0	3½

Schwimmen

London schlägt Paris im Wasserball

Die internationalen Schwimmwettkämpfe im Berliner Prinzenpark fanden am Montagabend mit dem Wasserball-Städtespiel London-Paris ihren Abschluß, nachdem Berlin sowohl gegen Paris wie gegen London unentschieden gespielt hatte. Die Engländer siegten mit 3:1 (1:0) Toren und gewannen damit das Städteturnier sowie den Preis des Magistrats von Berlin. Das Spiel, das vor recht schwachem Besuch vor sich ging, wurde in der zweiten Halbzeit ziemlich hart durchgeführt. Der Sieg der Engländer war durchaus verdient. Umrahmt wurde das Wasserballtreffen von einigen Schauspringen, an denen auch der frühere Europameister Luber teilnahm.

Aus meinem Rucksack

Im diesjährigen strengen Winter, der die wirtschaftliche Not durch die sibirische Kälte weiter verschärft, wird es vielen Naturfreunden und sonst eifrigen Wanderern unmöglich gemacht, die gewohnten Fahrten zu unternehmen in die Pracht der Winterlandschaft mit ihrer malerischen Schönheit und ihrer Ruhe.

Doppelt schön ist es dann, im Buche lieber Erinnerungen zu blättern. Findet sich nun noch ein stimmungsverwandter Bergfreund, der es so meisterlich versteht, diese wertvollen Blätter zu wenden und dazu fesselnd zu plaudern und zu erinnern, wie Heinrich Höhl vom Deutsch-österreichischen Alpenverein, so wird ein Abend, wie der am 16. Februar von der Wander-Riege des Turnvereins Mannheim von 1846 veranstaltete Wander-Lichtbildervortragsabend: Aus meinem Rucksack zum Genuß, zum Erleben. Und das bilderreiche Album seiner eigenen Lichtbildnerei zeigt, daß Höhl nicht nur ein leidenschaftlicher Wanderer, ein gläubiger Verehrer der göttlichen Schöpfung ist, sondern auch mit offenen Augen durch die Welt zieht. Wieviel tiefes Gemüt birgt sich in seinen Aufnahmen. Wie heimelig mutet die schnurrende Katze am warmen Fensterplatz an, wie lebendig wirkt die Gänsegruppe am murmelnden Bächlein auf blumiger Wiese, die flatternde Wäsche im sonnerfüllten Häusergewinkel. Wie herzwarm sind die heimatlichen Aufnahmen gefunden, hier ein einsames Feldkreuz mit dem Erlöser, da im Waldwinkel eine kleine Kapelle mit verwitterten Betschemel. Bilder des Schwarzwaldes erzählen von mancher Fahrt durch tiefverschneite Fluren.

Und erst die hochalpinen Aufnahmen! Kletterfahrten in Schnee und Eis. Erschütternd die Tragödie einer schweren Regennacht an abgründiger Felswand und dem dieser Schreckensnacht folgenden Tod eines lieben Bergkameraden.

Wenn auf dem Eröffnungsbild im Vordergrund einer malerischen Hochgebirgslandschaft ein verwitterter Rucksack nebst Bergstock und Lodenhut prangte, so verstand man nun wohl, daß Höhl nur mit Liebe von diesen treuen Begleitern sprach, die in stillen Stunden mit ihm plaudern, ihn mahnen: Weißt Du noch? Und wie gemeinsam verbunden fühlten die dankbaren Zuhörer mit dem Vortragenden bei dem letzten Bilde, mit dem Wanderspruch: Bergheil!

MAGGI's Würze
ist vielseitig verwendbar
für Suppen · Soßen · Gemüse · Salate

Statt besonderer Anzeige
Tief erschüttert teilen wir hierdurch mit, daß am 19. Februar 1929, abends 8 Uhr meine gute Frau, unsere liebe Mutter und Großmutter
Marie Bentz
geb. Schäfer
im Alter von 64 Jahren nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist
Mannheim, Pforzheim, 20. Febr. 1929
Rheinhäuserplatz 1
Die trauernden Hinterbliebenen:
Jacob Bentz
Familie Wilhelm Bentz
Familie Jacob Grischy
Familie Karl Gaiser
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ¾2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt *4818

Trauerbriefe
schnellste Herstellung
Druckerei Dr. Haas
R 6, 2
Fernruf 24944 24945, 24951 24952, 24953

Jetzt ist es Zeit
Bei
Weickel C 1, 3
zur Konfirmation u. Kommunion einzukaufen
dem großen Spezial-Geschäft mit den billigen Preisen
finden Sie prachtvolle, ganz neue
Tafel- u. Kaffee Service
in bestem Markenporzellan und dabei so billig
Gläser
in größter Auswahl ganz besonders billig
Kulanteste Zahlungsbedingungen

Danksagung
Für die vielen Kranzspenden und Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schweren Verluste unseres Lieblings
Doris Fischer
sagen wir hiermit unseren innigsten Dank *4788
Rud. Fischer u. Frau
Maria Fischer
Mannheim (Lindenhofstr. 78), 20. Febr. 1929

Gummi-Strümpfe
erzielen schlanke Beine
Unsichtbar im Tragen
Hill & Müller
N 3, 11-12
Kunststraße

Karl Meyer
staatl. geprüfter Dentist
Maria Meyer-Domdey
Dentistin
zurückgekehrt
Gontardplatz 7 Telephon 275 94

Wissenschaftliche Handlesekunst
Individuelle Charakteranalysen
Berufsberatung
R. Buttkus, Psychologe, L 15, 2, I.
Sprechstunden 1-8 2104

Sie wirken älter
weil Sie zu stark sind. Schlankheit macht jugendlich und elegant. Dr. Richters Frühstücks-Tee macht schlank. Paket 2,00. 1682
Storchen-Drogerie Marktplatz, H 1, 16.

Möbelfabrik
Telkamp
HEIDELBERG
Am Bahnhof
Bismarckplatz 857
Sehenswerte Ausstellung in 5 Stockwerken
Zwanglose Besichtigung

Kaufe Gold, Silber, Brillanten, bess. Anzüge, Pianoscheine, Musikinstrumente, Schallplatten, Münzen ohne Wollen u. sonst
Dortmann
Ankaufsladen R 4, 18 (am Habereck'l)
Telephon 20084.
8179

Tücht. Schneiderin
empfiehlt sich außer dem Hause. *4817
P 3, 10, 4. Stock.

Radio-Hoffmann
F 2, 12 Tel. 29287
Mod. Radio-Anlagen
Netzanschluß-Geräte
Einzelteile 8175

MARCHIVUM

Teppiche!

Ich liefere an Beamte, Festangestellte, Kaufleute und Handwerker *4785

Teppiche, Bettvorlagen, Gardinen
Brücken, Bett-Umrahmungen
Felle, Schlafdecken, Steppdecken
Diwandecken, Reisedecken
Linoleum, Tischdecken usw. usw.

ohne Anzahlung

gegen Monatsraten von Mk. 10.— an.
Diskretion zugesichert!
Anfragen unt. A H 97 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

LIBELLE MANNHEIM

Täglich das
Große Februar Programm
mit dem jungen Bretti-Star
Olga Jrén Fröhlich
u. 5 weitere Attraktionen *4801

Badenia, C 4, 10
Morgen Donnerstag
Schlachtfest
Gleichzeitig bringe meine
erstklassige Küche
und prima Getränke in empfehlende Erinnerung. 2182

Unterricht

Engländerin
würde Unterricht in Familie gegen volle Pension geben. Empfehlungen, gegeb. u. erbeten, evtl. auch Reise mit jung. Dame nach dem Süden. Ang. u. G Y 170 an d. Geschäftsst. *4788

Mathematik-Unterricht
auch an Fortgeschritt. erteilt. Angeb. u. U Q 57 an die Geschäftsst. B683

Zuschneide-Akademie und Nähschule für moderne Damen-Bekleidung
Woldner Nitzsche
B 1, 8 2212
Kursus-Anfang jederzeit

Geldverkehr

Solvent. Beamt. sucht
ca. 500 Mark
Darlehen. Gut. Zins hinreichende Sicherheit wird geboten. Gefl. Angebote unt. X W 87 an die Geschäftsstelle *4780

Zur Einsegnung

Popeline gute Gebrauchsqualität, schwarz, doppelbreit Mtr. 1.65
Popeline reine Wolle, unsere bekannt guten Stammqualitäten, schwarz und weiß, Meter 2.25, 1.95
Aura-Seide die hochwertige Crêpe de chine, Kunstseide, weiß, 85 cm breit Meter 2.95
Crêpe de chine reine Seide, gute Qualität, schwarz und weiß, 100 cm breit Meter 3.90
Köper-Samt empfehlenswerte, tiefschwarze Qualität, 70 cm breit Meter 3.90
Velouline Wolle mit Seide, tiefschwarze, gute und preiswerte Ware, ca. 100 cm breit Meter 4.90
Alles was Sie noch benötigen, wie:
Schuhe, Strümpfe, Unterwäsche, Handschuhe, Taschentücher usw.
finden Sie in reicher Auswahl, zu bekannt niedrigen Preisen. 2227

Kleid aus reine Wolle in schwarz u. weiß m. Crêpe de Chine Garn. 14.75
Kleid aus prima Velouline schwarz m. elegant. Garnitur 29.75
Kleid aus K'seide seidend verarbeit. Größe 65 9.75
Kleid aus fein. Wollpopeline m. fremden Garnitur 18.

KANDER Mannheim

Offene Stellen

Selbständiger
Geschäftsführer
für Mannheim gesucht. Hohes Einkommen. Branchekenntnisse nicht erforderlich. Herren mit gutem Leumund, welche über Mk. 5000.— für Warenlager verfügen, wollen sich Donnerstag und Freitag von 10—1 und 3—6 Uhr bei uns. Prokuristen Herrn Lorjé, Parkhotel Mannheim vorstellen. Em152

Wir suchen eine tüchtige
Verkäuferin
von repräsentabler Erscheinung, im Alter von ca. 24—27 Jahren. 2186
Singernähmaschinen A.-G., Mannheim, O 4, 5

Perfekte Köchin
wegen Erkrankung unserer derzeitigen Köchin gegen hohen Lohn per sofort zur Aushilfe gesucht. 2160
Direktor Ried, Sofienstraße 14.

Zuverlässiges, in allen Hausarbeiten perfektes
Hausmädchen
per sofort gesucht. Vorzustellen: *4804
E 7, 24, parterre.

Ein braver, aufgeweckter Junge als
Mechaniker-Lehrling
gesucht. *4786
Heinz Meune, Büromaschinen, Mannheim, O 3, 9.

Tüchtige Friseuse
1. Kraft, sofort gesucht. *4795
Angebote unter A C Nr. 92 an die Geschäftsstelle ds. Blatt.

Näherin
Suche sof. eine Frau z. Ausbess. d. Wäsche für nachm. An meld. bei Klemt, Meerfeldstraße 57, III. *4809

Bess. Zimmermädchen angenehme, solide Erscheinung, als
Empfangs-Fräulein
gesucht. *4813
Angebote unter A T Nr. 8 an die Geschäftsstelle ds. Blatt.

Ordentliches
Alleinmädchen
gesucht. Reinheimer, Moltkestraße 5, III. B717

Solides, fleißiges
Allein-Mädchen
auf sofort gesucht. *4792
Frau Dr. Wittrock, Waldparkdamm Nr. 8

Nach Heidelberg suche ich eine durchaus perfekte, jüngere
Köchin
welche auf Dauerstellung Zeugn. vorlegen kann in kl. Villenhaushalt (3 Erwachsene). 2168
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Tüchtiges
Alleinmädchen
in Küche u. Haushalt erfahr., m. gut. Kenntnissen auf 1. März gesucht. Ang.-Anlage Nr. 19, 1 Tr. rechts. *4796

Tücht. ält. Mädch. oder **unabh. junge Frau**
zur selbst. Besorgung eines bürgerl. Haushalts tagsüber sofort gesucht. Etwas Pflegekenntnisse erwünscht. Angeb. u. Y K 50 an die Geschäftsst. B706

Saubere
Putzfrau
für 2 halbe Tage in der Woche gesucht. Vorzustellen 881
Rich.-Wagnerstr. 23, Dr. Berndt.

Stellen-Gesuche

Jüngere
Friseuse
sucht Stellung *4778
Angebote unter A E Nr. 94 an die Geschäftsstelle ds. Blatt.

Ein Mädchen
vom Schwarzwald, 21 Jahre, ev., welch. noch nicht gedient hat, sucht auf 1. März Stellung in einem bess. Haushalt, wo es etw. lernen könnte. Es wird mehr auf gute Behandlung als auf hohen Lohn gesehen. Zu sprechen von 3 bis 7 Uhr. *4779
O 4, 15, 2 Stock.

Stellen-Gesuche

Tüchtiges
Servier-Fräulein
mit gt. Zeugn. sucht sucht Stellung in gut. Café od. Restaurant.
Angeb. u. A G 96 an die Geschäft. *4784

Junges Mädchen
aus gut. Fam., 17 J. a., welches schon in Stellung war, sucht Stellung in nur gut. kl. Haushalt. L'hafen, Seilerstr. 27, 2. St. l. *4751

Jmmobilien

Haus mit gutbürgerl. Wirtschaft in guter Lage Heidelbergs zu verkaufen. Gediegene Existenz. Anzahl. mindest. 15 Mille. Julius Wolff (R. D. M.), Immobilien, Mannheim, O 7, 22. Ea181

In Ia. Lage Lindenhof-Viertel Neubauhaus, 1 × 4 und 3 × 5 Zimmer etc., bei mindestens 12 Mille Anzahlung zu verkaufen. Julius Wolff (R. D. M.), Immobilien, Mannheim, O 7, 22. Ea181

Verkäufe

Lebensmittel-Geschäft B780
krankheitsh. sof. abzugeben. Ang. u. A L 100 an die Geschft.

1 Motorrad
(Zündapp, 200 ccm.) steuer- u. führerscheinfrei, 2 Ganggetriebe, fahrbereit, für 200 ℳ zu verkaufen. *4790
Jakob Fix, Waldhof, Wachtstr. 12

1 Herrenzimmertisch, Eiche, 2 Bettstellen, Eiche, zu verk. *4802
N 2, 13, 1 Tr. rechts

Photo
Gelegenheit: Minimum-Palmos m. Zeiß-Tessar, 4,5 und Schlitzverschluß, neu, statt 488 ℳ f. n. 250 ℳ zu vkfn. Ang. u. A R 6 an d. Geschft. *4805

Umständehalber Hängelampe, Kinderpult, Ständer mit Büste, Flurgarderobe, Bett mit Rost, Konserven-Gläser. Näheres. 870
antikes Eckschränkchen bis. Bilder, Kinderbadewanne etc. billig abzugeben.
B 6, 29, parterre.

Kauf-Gesuche

Kleine Adler-Schreibmaschine
wenig gebraucht, zu kaufen gesucht. *4789
Preisangeb. unt. A J 98 an die Geschft.

Gebrauchte Säuglings-Wäsche zu kaufen ges. Ang. mit Preis unt. A P Nr. 4 an die Geschft. *4800

Kauf-Gesuche

1-2 Bauwinden
mögl. Friktionswinden mit Drahtseiltrommel zum Hochziehen v. Material mit Brennstoffmotorenantrieb zu kaufen oder auf 4 Wochen zu leihen gesucht. Angebote an: *4799
Carl Petri, Tiefbau, Mannheim.

Miet-Gesuche

Gut möbliertes Zimmer
Nähe Wasserturm, mögl. Oststadt, von Herrn per sofort gesucht. Angebote unter H A 172 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2178

Gef. z. 1. 4. 5—7 Z.-Wohnung, Tattersallgen. od. N 7, M 7, L-Quadr. Ang. u. A U 9 an die Geschft. *4819

Möbliertes Zimmer
mit sep. Eing., ruhig, mögl. Tel., beorzugt me Raum für Perf.-Auto verfg., von bess. sol. Herrn f. 1. März ges. Ang. m. Pr. u. A V 10 an d. Geschft. *4820

Frdl. möbl. Zimmer
Anm 20. 2. v. Dauermieter gesucht.
Preisangebote unt. A O 3 an die Geschäftsstelle. *4799

Leeres gr. Zimmer
sofort v. kinderlosem Ehepaar gesucht.
Angeb. u. Y P 42 an die Geschft. *4015

2 jung. bess. Herren suchen per sofort in n. ruh. vornehm. Hause vorübergehend *4803
möbl. Schlafzimmer
mit 2 Betten evtl. a. Bad. Nur Angeb. m. Preisangabe u. A Q Nr. 5 an die Geschft.

Jg. kbl. Ehep. sucht
leeres Zimmer
Angeb. unt. Z Y 88 an die Geschft. *4741

Vermietungen

Sofort vermietbar!
1. 2 part. gelegene Kontor- u. Lagerräume mit Parkettboden, Zentralheizg. u. Lagerkeller;
2. größere Fabriksäle mit elektr. Aufzug, sehr hell. Licht- u. Kraftanl. u. eingeb. Kontore;
3. größere Kellereien mit elektr. Aufzügen, frostfrei. 1794
Näheres Käfertalerstraße 162. Teleph. 529 24.

D 7, 6, Rheinstraße
2 Parterre-Zimmer als Büro zu vermieten. Näheres Blum, Lameystraße 12. B781

Wohnung
4 Zimmer, Küche und Bad auf 1. April zu vermieten. Dringlichkeits-Karte erforderlich. Ausführliche Angebote unter G M 156 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2142

2 leere Zimmer
für Bürozwecke geeignet, im Zentrum der Stadt zu vermieten. *4787
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Möbl. Zimmer an ver. p. sof. od. 1. 3. Seckenheimerstr. 82. B708

Sehr schön möbl., gut heizb. Zimmer ab 1. März zu vm. *4781
Seckenheimerstr. 72 bei Kirschner.

Sep. gut möbl. Zimmer mit eigenem Abschluß sof. auch vorübergehend, zu verm. C 3, 15, 1. Etage. *4777

Möbliertes Zimmer
mit el. Licht z. verm. Rheindammstraße 3, 1 Treppe lks. *4807

H 2, 5, 1 Tr. rechts
Möbliertes Zimmer
an berufst. Frl. zu v. *4810

Nett. möbl. Zimmer
an berufst. Frl. sof. zu vermieten. *4812
R 3, 15b, 1 Tr. rechts

Gut möbl. Zimmer mit 1 od. 2 Betten zu verm. Anzusehen von 9—12 u. ½2—7 Uhr. Luisenring 17, 2. St. *4797

Nähe Planken
gut möbl. Zimmer
per sof. od. 1. 3. zu vermieten. Q 4, 3. *4808

Möbliertes Zimmer
zu vm. J 4a, 4, 1 Tr. B729

Nähe Bahnhof
Schön behagl. möbl. Wohn- u. Schlafzim. 2 Bett., ev. Klavier, Küchenben., zu verm. Kl. Merzelstr. 6, III. *4726

Schön möbl., leicht heizb. ungest. Zimmer in f. a. Hause, nur an solid. Hrn. z. 1. März zu v. M 2, 17a 3 Tr. Fernspr. 319 97 *4793

S 2 Nr. 2
Gut möbl. Part.-Zim. sof. zu verm. *4774

Vermischtes

Gummi- u. Ueberschuhe werden bestens repariert. B738
Schuhmacherei Heinle, E 3 Nr. 6.

Heirat

Suche f. m. Verwandte nebild. ritterl. Herrn nicht üb. 48 J. als Lebenskameraden.
Dame 1g Mitte 30, repräs. Erscheinung, kunstu. musikliebend, tüchtige Hausfr., nebst guter Aussteuer, etw. Vermögen, Besitz vorh. Str. Diskretion zugesichert. Zuschr., mögl. mit Bild unt. W 78 an Ala-Haasenstein & Vogler, Mannheim. Ea181

Handwerker, 27 J. alt, symp. Erscheing., sucht, des Alleinseins müde, pass. Lebensgefährtin zw. baldig.
Heirat
Da sehr vorwärtsstrebend, etw. Verm. erwünscht. Nur ernstgemeinte, ausführliche Zuschr. mit Bild erb. unter G T 165 an die Gschft. Diskr. Ehrens. *4766

Reichsschuldbuch-Forderungen

(Entschädigungs-Ansprüche) werden günstigst
angekauft u. sofort bevorschußt od. beliehen
Bankkommission Berlin W 10 Friedrich Wilhelm-Straße 6
Interessen-Vertretung für Mannheim u. Umgebung
Herr Emil Horn
Waldparkdamm 7 2180

Hypotheken

20000 Mk. I. Hypothek
auf erstklassiges Grundstück nur von Selbstgeber sofort gesucht. Angebote unter G Z 171 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2176

Beteiligungen

Jagd!
Für eine im vorderen Odenwald gelegene größere geschonte Jagd ein Teilhaber gesucht. Zuschriften erb. unter Z W 86 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *4784

Unterricht

Fremdsprachen sowie **Uebersetzungen** nur 5160
D-E-F Sprachschule, O 6, 3.
Telephon 33201 Verlangen Sie Prospekt

Höh. Privatschule **Schülerheim**
Real-Handelsschule E. Alger. 18. Schuljahr
Heidelberg Mönchhofstr. 26-28
Ziel: O.-Realschule, Realgymnasium bis O. Handelsklasse ½ u. ½ Kurse.
Internat: Kl. Klassen. Individ. Behandlung. Ersatz d. Elternhaus. Gesunde Verpflegung. Energ. Erziehung zu Fleiß- u. Pflichtgefühl. Wandern — Sport — Turnen.
Auskunft durch die Direktion. 698

Eine Stunde ist nun schon verronnen
Ob die Geliebte noch wird kommen?
Ne Weile bleib ich hier noch stehen
„Lebewohl"* hab ich ja auf den Zehen.

*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl u. Lebewohl-Hallenschuhen, Blechdose 3 Pflaster 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Blechdosen und weisen andere, angeblich „ebensogute" Mittel zurück.

1 M
BESTELLE ZEITIG DEINE ZEITUNG FÜR MÄRZ